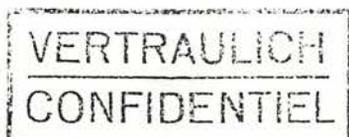


p.B. 15.22.8. (Allg.)



POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2 - SPE/kl

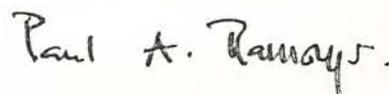
Bern, den 27. November 1985

- An:
- Departementsvorsteher
 - Staatssekretär E. Brunner
 - Generalsekretariat
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Protokoll
 - KSZE - Dienst
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Information und Presse
 - Politische Sonderfragen
 - Integrationsbüro EDA/EVD
-
- Bundesamt für Aussenwirtschaft
-
- Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel Paris und New York
-
- Sämtliche Schweizerische Botschaften

Protokolle der Nahostreise des Departementsvorstehers

In der Beilage erhalten Sie die vom Politischen Sekretariat verfassten Protokolle der Gespräche des Departementsvorstehers in Syrien/Libanon, Jordanien, Aegypten und Israel. Die Protokolle der ersten Etappe (Tunesien) sind Ihnen bereits zugegangen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Departementsvorstehers haben wir die Protokolle ab Syrien/Libanon zurückgehalten, da er zuerst den Bundesrat und die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der eidgenössischen Räte über die gesamte Reise informieren wollte. Wir bitten Sie, diese Dokumente streng vertraulich zu behandeln.

Politisches Sekretariat



(P.-A. Ramseyer)



VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/kl

Bern, den 28. Mai 1985

Offizielle Gespräche des Departementvorstehers mit dem syrischen Aussenminister Farouk El-Chareh, Damaskus, den 11. Mai 1985

CFA legt einleitend kurz die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik dar und lädt seinen syrischen Amtskollegen zu einem offiziellen Besuch in die Schweiz ein.

El-Chareh (Ch) nimmt diese Einladung dankend an und betont, er messe diesem ersten Besuch eines Mitgliedes des schweizerischen Regierungskollegiums seit der syrischen Unabhängigkeit grosse Bedeutung bei. Ch. ist der Ansicht, die Schweiz verfüge infolge ihrer Neutralität über ideale Voraussetzungen, um die Ereignisse in der Region objektiv zu analysieren. Die Schweiz sei zwar ein kleines Land, habe jedoch ein grosses moralisches Gewicht, insbesondere auf dem Gebiet der humanitären Fragen, denen gegenwärtig im Nahen Osten und insbesondere im Libanon enorme Bedeutung zukomme. Ch. ist sich durchaus bewusst, dass die Schweiz ihr Territorium wiederholt für Begegnungen wie die beiden Libanonkonferenzen und die Genfer Nahostkonferenz zur Verfügung gestellt hat.

Ch. findet die Nahostreise CFAs auch deshalb besonders wichtig, weil sie einer objektiveren Information über den Nahostkonflikt dienlich sei. Leider sei der Informationsstand des "Westens" über den Konflikt alles andere als genügend. Man müsse zu den Ursprüngen des arabisch-israelischen Problems vorstossen. Leider verfüge Israel über die notwendigen Mittel, die historische Wahrheit zu verfälschen. So spreche Israel etwa von "befreiten" Territorien, wenn von den besetzten Gebieten die Rede sei. Der jüdische Staat unternehme alles, um die Weltmeinung zu beeinflussen, und es sei ihm insbesondere im "Westen" gelungen, seine Politik als Einsatz für eine gerechte Sache darzustellen.

Ch. ruft einige Grundtatsachen in Erinnerung. Der jüdische Anteil an der palästinensischen Gesamtbevölkerung habe zu Beginn des Jahrhunderts nur 7 % betragen, denen 5 % des Territoriums

gehört habe. 1916 sei "Syrien" im "Geheimabkommen" zwischen Sykes und Picot in vier Staaten, Syrien, Libanon, Palästina und Transjordanien aufgeteilt worden. "Vorher waren wir ein einziges Land." 1917 habe Balfour den Juden das Recht auf eine Heimat in Palästina eingeräumt. Nachdem die Region während 500 Jahren die Herrschaft der Osmanen ertragen habe, seien die "Syrier" nach dem Ersten Weltkrieg von den Engländern und den Franzosen um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen worden.

1947 habe die UNO den Teilungsbeschluss gefällt, und 1948 sei der jüdische Staat mit Hilfe der westlichen Kolonialisten entstanden. Seither habe Israel mit tatkräftiger Unterstützung der USA laufend auf Kosten der arabischen Nachbarn expandiert. Heute beherrsche Israel ein Territorium, das fünfmal grösser sei, als die 1947 von der UNO dem jüdischen Staat zugeteilte Fläche. Ch. erinnert an die einzelnen Etappen der "israelischen Expansion": Der Krieg vor 1948, der eine Arrondierung des israelischen Territoriums gebracht habe; die "aggression tripartite" gegen Aegypten zusammen mit England und Frankreich im Jahre 1956; die grossangelegte "Aggression" von 1967 gegen Aegypten, Syrien und Jordanien, die nur dank grosszügiger amerikanischer Hilfe möglich gewesen sei; die Invasion des Libanons 1978. Israel habe sich zwar aus dem Libanon teilweise zurückgezogen, es habe aber einen 15 km breiten "Sicherheitsstreifen" für sich reklamiert und die UNIFIL daran gehindert, zur internationalen Grenze vorzustossen. Im Juni 1982 sei dann eine zweite Invasion des Libanon erfolgt, deren Barbarei und faschistische Methoden in der Gegenwart einmalig seien. Ch. erwähnt die Blutbäder, Zerstörung ganzer Dörfer und Städte, Vernichtung von Kulturen, die Einkreisung und Bombardierung Beiruts. Die Folge sei eine Auswanderungswelle riesigen Ausmasses gewesen.

Ch. bezeichnet den Vorwand für den Libanonkrieg als "lächerlich". Am 6. Juni 1982 habe der amerikanische Botschafter in Damaskus im Aussenministerium vorgesprochen, um die israelischen Beweggründe zu erklären. Er habe dabei die versuchte Ermordung des israelischen Botschafters in London und die Explosion einer

Mine unter einem israelischen Truppentransporter erwähnt. Auf die syrische Frage ob Informationen über die Identität der Attentäter vorlägen, habe der Botschafter geantwortet, die Briten hätten diese noch nicht identifiziert. Zum zweiten "Grund" habe man den amerikanischen Diplomaten gefragt, wo denn der Zwischenfall stattgefunden habe. Dieser habe bereitwillig zugegeben, der israelische Transporter sei auf libanesischem Territorium auf eine Mine gefahren.

Ch. fragt sich, was es denn für eine Begründung für die Anwesenheit eines israelischen Truppentransporters im Libanon geben könne.

Laut Ch. sieht sich Syrien einem "expansionistischen, rassistischen Feind" gegenüber, der keinerlei Respekt für das Völkerrecht habe. Israel werde von den USA militärisch, wirtschaftlich und finanziell massiv unterstützt. Washington verschaffe dem jüdischen Staat ausserdem Rückendeckung im Sicherheitsrat, um die "internationale Gerechtigkeit" zu verhindern.

Es sei Israel gelungen, Syrien in der amerikanischen öffentlichen Meinung als aggressiven Staat darzustellen, der den Frieden zurückweise und den Terrorismus unterstütze. Gegenteilige Stimmen könnten sich leider nur schlecht Gehör verschaffen. Besuche, wie derjenige CFAs, gäben Syrien die Möglichkeit, der Welt und dem "Westen" eine andere Sicht der Dinge darzulegen.

CFA erkundigt sich nach den syrischen Vorstellungen im Hinblick auf eine Lösung des Konflikts. Er erinnert an das "Abkommen von Amman" und die "Initiative Mubaraks". CFA berichtet über seine Gespräche mit Klibi und Kaddumi zum Palästinaproblem und legt die schweizerische Haltung zur Frage einer Anerkennung der PLO und zur Lösung des Nahostkonflikts dar.

Ch. betont, die Ablehnung des Abkommens von Amman sei nicht auf Syrien beschränkt, vielmehr stelle sie die Position der erdrückenden Mehrheit des palästinensischen Volkes und der arabischen Regierungen dar.

- 4 -

Man benötige gar keine neuen Pläne, da ja arabische Einstimmigkeit zur "Charta von Fes" bestehe. Auch die Mehrheit der palästinensischen Organisationen sei gegen "Amman". Von den acht wichtigsten Gruppierungen habe sich lediglich Arafats "Fath" für das Abkommen entschieden. Arafat sei daher keineswegs berechtigt, im Namen aller Palästinenser zu sprechen. Der schlimmste Schaden, den Arafat der palästinensischen Sache zugefügt habe, sei die Demoralisierung der Palästinenser infolge des Kurses des PLO-Chefs. Die grossen Opfer, die das palästinensische Volk für seine nationalen Ziele, das Selbstbestimmungsrecht und die Rückkehr in seine Heimat gebracht habe, wären umsonst gewesen, wenn man auf die Initiativen Husayns und Mubaraks einginge.

Laut Ch. sind diese Pläne nicht geeignet, den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen. Syrien habe Murphy die syrische Position deutlich gemacht. Man habe die USA davor gewarnt, einen Plan zu unterstützen, der nicht mit der einmütigen Zustimmung der Araber rechnen könne. Der Aktionsplan von Amman werde ebenso Schiffbruch erleiden, wie das libanesisch-israelische Abkommen vom 17. Mai. Der einzige erfolgversprechende Ansatzpunkt ist laut Ch. der "Fes-Plan", der nicht nur die Unterstützung der Palästinenser und der übrigen Araber genieesse, sondern auch international einen gewissen Rückhalt habe. Der Fes-Plan sehe bekanntlich eine internationale Konferenz der UNO vor, an der sämtliche Konfliktparteien teilnehmen würden.

Libanon

CFA macht Ch. mit seiner Absicht bekannt, von Syrien aus dem Libanon einen Kurzbesuch abzustatten und mit möglichst vielen Repräsentanten der verschiedenen Gemeinschaften zu sprechen.

Ch. bezeichnet eine solche Visite als sehr nützlich, da sie CFA erlaube, sich ein abgerundetes Bild von der Situation zu machen. Syrien habe grosse Opfer für den Libanon gebracht. Es verfolge keine egoistischen Ziele, sondern setze sich für die Stabilität, Integrität und Einheit des Nachbarlandes ein. Syrer und Libaneser seien ein Volk in zwei unabhängigen Staaten.

Die Politik Syriens sei seit dem Bürgerkrieg von 1976 darum bemüht, die sektiererischen Kämpfe zu verhindern und einen nationalen Konsensus herbeiführen zu helfen. Seit 1976 habe jedoch Israel alles unternommen, um diese nationale Verständigung zu hintertreiben, und zwar mit Hilfe "lokaler Agenten" und durch die seit fünfzehn Jahren andauernden ständigen Angriffe gegen libanesisches Territorium zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Auch jetzt noch versuche Israel bis zum letzten Augenblick die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften zu vergiften. Die wahren Ziele des jüdischen Staates seien bekannt. Man brauche sich nur die israelischen Karten anzusehen, auf denen schon vor 1982 der Südlibanon als israelisches Territorium eingezeichnet gewesen sei.

Allerdings ist laut Ch. heute ein entscheidender Wendepunkt erreicht. Israel sei infolge der grossen Verluste, die ihm der "nationale Widerstand" laufend zufüge, zum Rückzug gezwungen. Die gegenwärtigen Ereignisse im Libanon sind laut Ch. eine direkte Folge der israelischen Invasion. Die Wunden brauchten Zeit um zu verheilen. Syrien werde aber auch weiterhin auf die Wiederaufnahme des nationalen Dialogs hinwirken, damit der Libanon "seine natürliche Rolle im arabischen Milieu" spielen könne.

Ch. legt anschliessend die syrische Sicht der Ereignisse in und um Saida dar, die mit der von Vizepräsident Khaddam gegebenen Version identisch ist (siehe separate Notiz).

CFA schildert seinen Eindruck, dass alle wichtigen Gemeinschaften im Libanon bestrebt seien, im Hinblick auf eine Teilung oder "Kantonalisierung" des Landes ihr jeweiliges Herrschaftsgebiet zu arrondieren. Er erkundigt sich ausserdem nach dem Stand der institutionellen Reformen, die in Lausanne beschlossen worden sind. Ch. bedauert, dass diese Reformen, die Syrien unterstütze, nicht vom Fleck gekommen seien. Die Beschlüsse von Lausanne und das Abkommen, das zur Bildung der "Regierung der nationalen Einheit" geführt habe, stellten eine gangbare Alternative zum Konfessionalismus dar. Syrien könne allerdings die libanesischen Probleme nicht selber lösen, sondern nur seine Hilfe anbieten.

Solange die Libanesen nicht bereit seien, dem Konfessionalismus abzuschwören, sei nichts zu machen. Damaskus sei aber nach wie vor bereit, den Weg einer Wiederaufnahme des nationalen Dialogs zu gehen. Es gebe keine Alternative zu einer Beteiligung sämtlicher libanesischer Gruppierungen an diesem Dialog.

Iran-Irak

Ch. hebt hervor, Syrien sei der erste Staat überhaupt gewesen, der den Ausbruch des Krieges kritisiert und die Gefahren betont habe, die dieser Konflikt beinhalte. Syrien habe die arabischen Staaten aufgefordert, alles zu unternehmen, um den Krieg zu beenden. Hafiz al-Asad habe in dringenden Botschaften an die arabischen Regierungen die Ansicht vertreten, eine Beendigung des Krieges sei möglich, solange die Verluste auf beiden Seiten noch klein seien. Laut Ch. konnte Syrien nicht umhin, den Aggressor in diesem Konflikt klar zu benennen, obwohl der Irak ein "Bruderland" sei. Saddam Husayn habe sich der Illusion hingegeben, seine Armee brauche lediglich zwei Wochen, um in Teheran einzumarschieren und das iranische Regime zu stürzen. Da der Irak die Bemühungen der arabischen Brüder um eine Lösung des Konfliktes als Verrat bezeichne, seien diese beinahe zum Erliegen gekommen. Kein arabisches Land wolle als Verräter dastehen.

Laut Ch. betrachtet Syrien es als seine Hauptaufgabe, ein Uebergreifen des Krieges auf benachbarte arabische Staaten zu verhindern. Da Syrien über gute Beziehungen sowohl zu Iran als auch zu den Golfstaaten verfüge, könne es mit seiner stillen Diplomatie eine wichtige Rolle spielen.

Ch. zufolge reagiert Teheran häufig positiv auf syrische Demarchen. Der Erfolg werde aber regelmässig durch irakische Schritte, wie etwa die Angriffe gegen iranische Oeltanker, zunichte gemacht. Iran sei natürlich gezwungen auf solche Eskalationen zu reagieren.

- 7 -

Ch. betont, die gegenseitigen Anschuldigungen der Kriegsparteien hätten eine religiös-nationale Dimension erhalten, wodurch bei beiden Völkern atavistische Hassgefühle hervorgerufen würden. Er sieht kein nahes Ende der Feindseligkeiten, versichert aber, Syrien werde auch weiterhin aktiv bleiben, um eine Ausdehnung der Kämpfe auf Dritte zu verhindern.

CFA bemerkt, man habe in Europa den Eindruck, Khomeini benötige den Krieg, um das Ueberleben des Regimes zu gewährleisten. Dies habe ihm im übrigen der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, bestätigt. Da Khomeini kompromisslos am Sturz Saddam Husayns festhält, sieht CFA zu Lebzeiten des Ayatollah keine Aussicht auf Friedensverhandlungen. Gespräche mit dem Irak bedingten doch wohl ein Abrücken vom Messianismus der islamischen Revolution.

CFA erkundigt sich nach dem Verhältnis zwischen der regulären Armee einerseits und den Pasdaran andererseits. Offenbar bestünden zwischen den beiden schwerwiegende Differenzen hinsichtlich der Kriegführung.

CFA zeigt sich schliesslich aufs äusserste beunruhigt über die massiven Verletzungen des humanitären Völkerrechts in diesem Krieg.

Ch. betont, er habe selbstverständlich kein Mandat, für Iran zu sprechen. Er versuche jedoch, das Denken der iranischen Führung korrekt wiederzugeben. Die iranische Revolution habe sich von Anfang an die "Verteidigung der arabischen Rechte" auf die Fahnen geschrieben. Die diplomatischen Beziehungen mit Israel seien abgebrochen worden und die PLO habe die israelische Botschaft übernommen. Diese positive Haltung hätten die Iraner eingenommen, obwohl Israel kein iranisches Territorium besetzt halte. Die Revolutionsführer seien angesichts des irakischen Angriffs äusserst bestürzt gewesen, dass ein arabischer Staat gegen sie Krieg führe.

- 8 -

Teheran beschuldige allerdings nicht die irakische Bevölkerung, sondern es laste Saddam Husayn persönlich die ganze Verantwortung an. Saddam Husayn sei so etwas wie die Verkörperung aller bösen Kräfte.

Ch. bemerkt, der iranische Aussenminister Velayati habe ihm versichert, kein iranischer Führer könne es sich leisten, auf die Forderung nach der Beseitigung Saddam Husayns zu verzichten, da er sonst vom iranischen Volkszorn gestürzt würde. Laut Ch. geht es nicht darum, ob Khomeini den Krieg brauche oder nicht, oder wie lange er am Leben bleibe. Tatsache sei, dass im iranischen Volk ein Konsensus darüber herrsche, dass der irakische Führer, der ihm den Krieg erklärt habe, bestraft werden müsse.

Ch. zufolge interessiert sich Syrien nicht für die Interna des iranischen politischen Systems oder der Armee. Man habe nicht die Absicht, sich einzumischen. Syrien sei bekanntlich streng laizistisch ausgerichtet. Für Syrien von Belang sei einzig und allein der iranische Standpunkt im arabischen Konflikt mit Israel. Dieser Haltung komme insbesondere nach dem Herausbrechen Ägyptens aus der arabischen Phalanx überragende Bedeutung zu.

Ch. glaubt nicht, dass die iranische Revolution expansionistisch sei. Iran wäre z.B. durchaus in der Lage binnen Stunden Bahrain und die Golfstaaten zu überrennen. Niemand, weder die USA noch die UdSSR, könnten die Iraner aufhalten. Es sei doch im Gegenteil der Schah gewesen, der drei arabische Inseln besetzt habe. Die Iraner hätten den Syrern gegenüber wiederholt versichert, sie hegten keinerlei territoriale Ambitionen, weder im Irak noch im Golf. Natürlich habe jede Revolution ihre Ideologie. Syrien sei jedoch gegen diese Ideologie gefeit. In Gefahr seien nur die Regime, die nicht mit den Aspirationen ihrer Völker in Einklang stünden. Was die Verletzungen des humanitären Rechtes betrifft, so teilt Ch. die Besorgnis CFAs.

Syrien habe das Problem wiederholt in Teheran zur Sprache gebracht. Die Iraner verneinten die Existenz solcher Verletzungen oder bezeichneten sie als Reaktionen auf irakische Aktivitäten. Der Irak habe Giftgas angewendet. Bagdad habe auch das Abkommen über die Einstellung der Bombardierung ziviler Ziele gebrochen und den "Tankerkrieg" begonnen. Man sei in Iran darüber verbittert, dass man als Opfer der irakischen Aggression im "Westen" auf so wenig Verständnis stosse.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

P.B.58.04.2. - SPE/kl

Bern, den 22. Mai 1985

Gespräch Bundesrat Pierre Auberts mit dem syrischen Vizepräsidenten Abdelhalim Khaddam, Damaskus, den 12. Mai 1985

CFA legt Khaddam (K) einleitend den Zweck seiner Nahostreise dar und betont, diese diene vor allem der Information aus erster Hand. Er erinnert anschliessend an die Prinzipien schweizerischer Aussenpolitik.

Was das Palästina-Problem betreffe, so sei die schweizerische Haltung bekannt. Die Schweiz trete einerseits für das Recht des palästinensischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Andererseits befürworte sie das Recht Israels auf eine sichere Existenz innerhalb international anerkannter Grenzen.

CFA bittet K. um seine Einschätzung der Lage der PLO angesichts der offensichtlichen schweren Divergenzen innerhalb der Organisation.

K. ist der Ansicht, diese Divergenzen schafften die palästinensischen Rechte nicht ab. Die Palästinenser seien ein Volk und verträten ein Anliegen. Innerhalb der Führung gebe es Meinungsverschiedenheiten über die Methode, wie diese Rechte zu verwirklichen seien. Dies sei nur natürlich, besonders unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen für den palästinensischen Kampf.

K. dankt der Schweiz für ihr Interesse am Nahostproblem. Als neutraler Kleinstaat verfüge sie über ideale Voraussetzungen, um sich ein objektives Bild von der Lage in dieser Weltgegend zu machen. Wenn die USA und Israel endlich den Gedanken einer internationalen Konferenz akzeptierten, wäre Genf idealer Austragungsort.

K. betont, der Nahe Osten befinde sich in einem krassen Ungleichgewicht. Israel verfüge über die massive Unterstützung der USA. Unter diesen Umständen seien Friedensgespräche auf der Grundlage der Gleichheit nur im Falle einer internationalen Konferenz möglich.

- 2 -

Die Amerikaner streben indessen laut K. Separatabkommen zwischen Israel und den einzelnen arabischen Staaten an. Deshalb drängten sie Arafat, König Husayn und Mubarak zu ihren sogenannten "Friedensinitiativen", die eine globale Lösung des Problems verhinderten. K. zufolge ist jede Regelung zum Scheitern verurteilt, die nicht unter der Ägide der VN ausgehandelt wird.

Es werde im "Westen" behauptet, Camp David sei ein Schritt auf dem Weg zum Frieden. Man solle sich diesen "Frieden" doch ein bisschen näher ansehen. Camp David habe durch die Neutralisierung Ägyptens erst die israelische Invasion des Libanon ermöglicht. Noch nie sei die Präsenz der Grossmächte im Nahen Osten so stark gewesen.

Die USA haben laut K. versucht, Libanon durch eine Art zweites "Camp David" an Israel zu binden (Abkommen vom 7. Mai 1983). Dieses Unternehmen sei bekanntlich vollständig gescheitert, und Israel sehe sich nun dank des libanesischen-nationalen Widerstandes gezwungen, den Libanon zu räumen. Es gelte unter allen Umständen, ein weiteres Camp David zu verhindern. K. äussert den Wunsch, die neutrale Schweiz möchte dazu beitragen, der Idee einer internationalen Konferenz zum Durchbruch zu verhelfen.

CFA greift das Thema Libanon auf und möchte K.s Meinung zu einer "Kantonalisierung" des Libanon hören, die in gewissen Kreisen offenbar als Ausweg aus der Dauerkrise dieses Landes betrachtet werde. CFA betont im übrigen, die Schweiz sei selbstverständlich bereit, auch eine allfällige dritte Libanonkonferenz zu beherbergen.

K. bezeichnet die libanesischen Krise als den "schlimmsten Bürgerkrieg der jüngsten Geschichte". Der Libanon sei aber kein "grosser Kuchen", aus dem man nach Belieben Stücke ausschneiden könne. Hierzu sei die Fläche dieses Landes viel zu klein; überdies sei die Bevölkerung zu sehr gemischt, als dass eine Kantonalisierung in Frage komme.

Laut K. wohnen zwei Drittel der Christen in konfessionell gemischten Gebieten. Selbst im "muslimischen" West-Beirut bestehe

ein Drittel der Einwohner aus Christen. Syrien werde sich einer Aufsplitterung des Libanon mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Damaskus trete für einen "freien, unabhängigen und geeinten Libanon" ein, wie er 1943 von den arabischen Staaten anerkannt worden sei. Der einzige Weg zur Befriedung führe über eine Wiederaufnahme des nationalen Dialogs. K. fordert CFA auf, bei seinem Abstecher in den Libanon die Verantwortlichen der verschiedenen Lager zur Rückkehr zu diesem Dialog zu ermuntern.

K. erinnert an die Grundlagen des sogenannten "Nationalpaktes" von 1943. Der Libanon sei von Frankreich besetzt gewesen. Die überwiegende Mehrheit der Libanesen hätten einen Anschluss an Syrien befürwortet, ein Teil der Maroniten habe jedoch auf einer weiteren Präsenz Frankreichs bestanden. Die Lösung habe so ausgesehen, dass die Minderheit auf ein Verbleiben Frankreichs verzichtete, während die Mehrheit den Gedanken einer Union mit Syrien habe aufgeben müssen. Seither stellten die Maroniten den Staatspräsidenten, der seine Gemeinschaft, eine Minderheit, favorisiere. Die Maroniten seien "Nummer eins" im Libanon, während alle anderen Gemeinschaften von den Maroniten als "Nummer zehn" betrachtet würden.

K. findet, es sei unter diesen Umständen nicht verwunderlich, dass es alle zehn Jahre zur internen Explosion komme. Die Loyalität der Libanesen gelte nicht dem "Vaterland" sondern der jeweiligen Gemeinschaft. Dies habe zu grotesken Auswüchsen geführt. K. führt als Beispiel die verschiedene Beurteilung der Kreuzzüge in staatlichen Lehrmitteln an. Die christlichen Schulbücher bezeichneten diese Kriege als "guerres de civilisations", während sie in den muslimischen Schulen als christliche Kolonisierung der Levante dargestellt würden.

CFA erkundigt sich nach dem Stand der Reformen, die an der zweiten Libanonkonferenz in Lausanne beschlossen wurden.

K. stellt bedauernd fest, die Abkommen von Lausanne seien ihrer Durchführung keinen Schritt nähergekommen. Kürzlich habe in Bikfaya eine Zusammenkunft zwischen Gemayyel, Berri, Karamé und Joumblatt stattgefunden, wo man sich auf ein Reformprogramm geeinigt habe. Am folgenden Tag habe aber Samir Geagea seine Rebellion gegen den Staatspräsidenten ausgelöst.

- 4 -

Anschliessend hätten die Forces libanaises (FL) begonnen, Saida zu beschiessen, was zur Flucht von 60'000 libanesischen Muslimen und 30'000 Palästinensern geführt habe. Nachdem sich die Forces libanaises plötzlich zurückgezogen hätten, sei es zur "Explosion" gekommen und zahlreiche Christen hätten ihre Dörfer verlassen.

Laut K. gibt es im Libanon heute 600'000 Flüchtlinge, die sich etwa zu gleichen Teilen aus Christen und Muslimen zusammensetzen.

CFA erkundigt sich nach dem Stellenwert des islamischen Fundamentalismus im Libanon. Er erinnert daran, dass die Bewohner von Saida nach dem Abzug der Israeli Präsident Gemayyel mit grossem Jubel empfangen hätten. Am Tage darauf hätten sich Tausende von Fundamentalisten (Hizballah) der Stadt bemächtigt.

Laut K. handelte es sich dabei um eine Freudenkundgebung von Beiruter Fundamentalisten. Dabei sei es am Rande zu einigen Zwischenfällen gekommen. So seien einige Cafés, die im übrigen Muslimen gehört hätten, verwüstet worden. Die Bewohner Saidas hätten aber diese unruhestiftenden Elemente eigenhändig verjagt. Es sei zu keinerlei Zwischenfällen mit Christen gekommen. Die Führer der Fundamentalisten selbst hätten gewisse Auswüchse des Demonstrationzuges, der aber keinerlei Todesopfer gefordert habe, verurteilt.

Man erinnere sich, dass Präsident Gemayyel zwei Brigaden der regulären libanesischen Armee in den Süden entsandt habe. Diese Truppen hätten aber nur über Gewehre ohne die dazugehörige Munition verfügt und seien auch sonst sehr mangelhaft ausgerüstet gewesen. Als die FL von ihren Stellungen oberhalb Saidas begonnen hätten, diese Stadt zu beschiessen, seien die Einheiten der libanesischen Armee infolge Munitionsmangels nicht in der Lage gewesen zurückzuschlagen. Die Führung der zwei Brigaden habe die Regierung um Munition gebeten, damit sie ihrer Aufgabe nachkommen könne. Die Armeeführung habe geantwortet, sie habe keine Munition.

Laut K. hat Syrien daraufhin General Aoun, dem Oberbefehlshaber der libanesischen Armee, angeboten, die beiden südlich

- 5 -

von Beirut stationierten Brigaden mit Munition zu beliefern. Dieser habe auf das Angebot nicht einmal reagiert.

K. kritisiert die Politik der selektiven Verurteilung des "Westens". So hätten die "tueries" von Saida infolge der beinahe einmonatigen willkürlichen Beschiessung Saidas und der palästinensischen Flüchtlingslager Ayn el-Hilwe und Miyye-Miyye durch die FL keinerlei Reaktion hervorgerufen. Wo sei denn die "Erklärung des Papstes" zu diesen Ereignissen geblieben?

K. betont, er sei nach zehn Jahren Erfahrung mit dem Libanon zur Erkenntnis gelangt, die schlimmsten Feinde der libanesischen Christen seien die FL. Leider bestärkten gewisse "westliche" Politiker die FL in ihrer unverantwortlichen Haltung, indem sie Illusionen weckten, die die christliche Gemeinschaft zum Selbstmord trieben. Es werde den Christen eingehämmert, sie gehörten eigentlich gar nicht zu der Region, in der sie lebten.

K. erinnert sich an den "Zwischenfall von Zahlé" im Jahre 1980. Damals habe Giscard d'Estaing ein grosses Geschrei wegen der angeblichen akuten Gefährdung der (christlichen) Bewohner der Stadt erhoben. Er habe zwei Grossraumflugzeuge in den Libanon entsandt, um die Verletzten nach Frankreich zu transportieren. Die Franzosen hätten allerdings lediglich vier Verletzte vorgefunden! Infolge dieser unrealistischen, einseitigen "westlichen" Haltung glaubten gewisse christliche Führer im Libanon, Frankreich warte nur auf eine Gelegenheit, um seine Kriegsflotte "zur Bekriegung der Muslime" zu entsenden. Dies seien natürlich Illusionen, die aber leider das Verhalten gewisser Kreise bestimmten.

Im übrigen habe man ja gesehen, wohin die ausländische Einmischung führe (Fiasko der USA in Beirut).

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. SPE/kl

Bern, den 23. Mai 1985

Gespräch Bundesrat Pierre Auberts mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafiz al-Asad, Damaskus, den 12. Mai 1985

CFA hebt einleitend hervor, dass seine Reise nach Syrien die erste eines Mitgliedes der schweizerischen Regierung sei. Er erläutert den Zweck seiner Nahosttour, der hauptsächlich darin bestehe, sich vor Ort und aus berufenem Munde über die Lage im Nahen und Mittleren Osten zu informieren. Syrien sei angesichts der Rolle, die es im Hinblick auf eine Lösung des Nahostkonflikts spiele, selbstverständlich eine obligatorische Etappe.

CFA erinnert an seine Kontakte mit hohen syrischen Persönlichkeiten, insbesondere seine Begegnung mit dem damaligen Aussenminister Khaddam am Rande der ersten Libanonkonferenz und seine Gespräche mit dem Bruder des Staatspräsidenten, Rif'at al-Asad.

Asad (A) betont, er sei sehr glücklich darüber, dass ein Mitglied der schweizerischen Regierung erstmals Syrien besuche. Er erinnert sich bis in Einzelheiten an seinen Aufenthalt in der Schweiz 1977, als er in Genf mit Präsident Carter zusammentraf und anschliessend Bern, den Bürgenstock und Zürich besuchte.

A. drückt der Schweiz seine Dankbarkeit dafür aus, dass sie ihr Territorium für die Abhaltung der beiden Libanonkonferenzen zur Verfügung gestellt habe. Er befürwortet einen regeren Austausch mit der Schweiz auf allen Ebenen und auf allen Gebieten. Er betont, man schätze in Syrien die Rolle der Schweiz, insbesondere auf humanitärem Gebiet sehr hoch ein. "Die Welt braucht die Schweiz." Ihre "Kleinheit" spiele dabei keine Rolle. Manchmal seien Kleinstaaten nützlicher als grosse, wenn es um die Friedenssuche gehe.

A. fügt lachend hinzu, was seinen Bruder betreffe, so entschuldige er sich für die Schwierigkeiten, die dieser der Schweiz

- 2 -

offenbar bereitet habe. Er habe Rif'at vor seiner Abreise ausdrücklich darauf hingewiesen, dass gewisse Verhaltensweisen, die im Nahen Osten "normal" seien, in der Schweiz gewiss nicht sehr geschätzt würden.

CFA ergreift die Gelegenheit, um A. die Schwierigkeiten darzulegen, die das IKRK im Golfkrieg hat. Er bittet A., angesichts seiner guten Beziehungen zu einer der Kriegsparteien zu intervenieren, damit das IKRK seine strikt humanitäre Tätigkeit wiederaufnehmen könne. A sagt CFA zu, er werde die Iraner diesbezüglich "kontaktieren"

A. würde es begrüßen, wenn die Schweiz eine Demarche für den Frieden in der Region unternehmen würde. Syrien mache einen Unterschied zwischen "seriösen" und "unseriösen" Friedensplänen. Zu den nicht ernstzunehmenden Vorstössen zählt A. u.a. auch den Reagan-Plan. Er habe Murphy bei seinem letzten Besuch erklärt, es könne im Nahen Osten keine Lösung ohne syrische Beteiligung geben. Nun werde Syrien aber im Reagan-Plan kurzerhand übergangen. Präsident Reagan habe ihm zwar im nachhinein geschrieben und ihm versichert, "Syrien sei auch gemeint". Er frage sich aber, wie die USA die Rolle eines ehrlichen Maklers spielen könnten, wenn sie nicht einmal den Mut aufbrächten, Syrien in ihrem Plan zu erwähnen.

A. betont, er wolle damit keineswegs sagen, dass die USA von ihren Friedensbemühungen Abstand nehmen sollten. Eine Grossmacht könne man nicht ignorieren. Er besteht aber darauf, dass diese Bemühungen "seriös" sein müssten. Die USA verlangten von den Arabern, dass sie sich mit Israel zusammensetzten, wobei die Amerikaner die Rolle des Geranten für den Frieden spielen wollten. Die Erfahrung habe aber gezeigt, dass solche Garantien nichts wert seien. Als Beispiel führt A. die Ereignisse im Juni 1982 an. Syrien habe damals die amerikanische Vermittlung akzeptiert und einen Waffenstillstand mit Israel unter der Bedingung des sofortigen Beginns des israelischen Rückzugs geschlossen. Wie man wisse, habe Israel das Abkommen gebrochen. Er habe den amerikanischen Botschafter zitiert und ihn aufgefordert, die USA sollten in Israel inter-

venieren. Der Botschafter habe aber zugeben müssen, die USA seien nicht in der Lage, Israel zur Einhaltung des Abkommens zu zwingen. A. betont, es sei deshalb nicht verwunderlich, dass Syrien auf einer internationalen Konferenz unter den Auspizien der VN bestehe. "Wenn Israel die USA nicht respektiert, so respektiert es vielleicht wenigstens die versammelten Mitglieder einer solchen Konferenz."

CFA wirft ein, wie A. wisse, sei die Schweiz nicht Mitglied der UNO.

A. erwidert, dies wäre kein Hindernis für eine schweizerische Teilnahme an einer internationalen Konferenz. "Unter der Ägide der UNO" bedeute keineswegs, dass die Teilnehmer selber Mitglieder der Vereinten Nationen sein müssten.

Von CFA auf die Ereignisse im Libanon angesprochen, hebt A. die grossen Opfer hervor, die Syrien für dieses Land erbracht habe. Leider werde die syrische Position im "Westen" oft missverstanden. Syrien handle vom Standpunkt der qawmiyya (*). Die beiden Länder seien durch die verschiedensten Bande eng verknüpft. Es gebe in Syrien keine Familie, die nicht einen libanesischen Zweig aufweise. Beide Völker, Muslime und Christen, hätten gemeinsam gegen die Osmanen und gegen den Kolonialismus gekämpft. Natürlich habe es immer Rückenschüsse von "Agenten" gegeben. A. erinnert aber daran, dass die Vorkämpfer der arabischen Wiedergeburt (nahda) im 19. Jahrhundert libanesische Christen gewesen seien. Er sei durchaus nicht gegen die Existenz von Parteien im Libanon. In Syrien selbst existierten in der Progressiven Nationalen Front einige Parteien. Damaskus lehne aber den libanesischen Konfessionalismus strikte ab. A. betont, Syrien selber sei ein laizistischer Staat, in dem die Religion Privatangelegenheit eines jeden einzelnen sei. Jeder sei frei, seinen Kult auszuüben. Im Libanon verhalte es sich leider anders, da die Menschen nicht in erster

* = (gesamt-) arabischer Nationalismus im Gegensatz zu wataniya
= einzelstaatlicher Nationalismus (SPE)

- 4 -

Linie Libanesen, sondern vor allen Dingen Maroniten, Drusen, Sunniten usw. seien.

CFA erkundigt sich nach dem Einfluss des islamischen Fundamentalismus im Libanon.

A. betont, Syrien sei selbstverständlich gegen die Umwandlung des Libanon in einen islamischen Staat, wie dies von einigen Extremisten gefordert werde. Der Einfluss der Fundamentalisten sei jedoch nicht sehr stark, und sie könnten für die Probleme des Landes nicht verantwortlich gemacht werden.

A. versichert, ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Christen im Libanon sei durchaus möglich. In Saida etwa habe seit dem Beginn der "Ereignisse" im Jahre 1975 Friede zwischen den Gemeinschaften geherrscht. Deshalb seien die Vorkommnisse der letzten Wochen umso bedauerlicher.

Die Forces libanaises (FL) hätten völlig unprovokiert Saida beschossen und damit 70'000 Muslime zu Flüchtlingen gemacht. Da die nur 300 Mann starke Truppe der FL sicher gewusst habe, dass sie sich auf die Dauer nicht halten könne, sei es klar, dass die ganze Aktion "ferngesteuert" gewesen sei. Nach dem Abzug der FL sei es dann verständlicherweise zu "Reaktionen" von Seiten der Muslime gekommen. Syrien habe alles versucht, um diese Reaktionen zu dämpfen. Im übrigen sei es wohl kein Zufall, dass der Verantwortliche für die Beschiessung Saidas, Samir Geagea, eine Rebellion gegen die Phalange-Partei ausgelöst habe.

A. gibt abschliessend der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Haltung der FL ändere. In der jüngsten Erklärung des neuen Chefs der FL, Hobeika, sei ein Minimum an Objektivität, ein neuer Standpunkt erkennbar. In der Deklaration werde die gemeinsame "Geographie, Geschichte und Schicksalsgemeinschaft" erwähnt, und man bitte Syrien geradezu darum, im Libanon eine Rolle zu spielen.

Auf die Frage CFAs, ob A. dieser Erklärung der FL Glauben schenke, bricht dieser in lautes Gelächter aus.

(S. Speck)

VERTRAULICH CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/gu

Bern, 27. Mai 1985

Gespräch des Departementsvorstehers mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, H. al-Husseini, Beirut, den 13. Mai 1985

Husseini (H.) weiss die Geste zu schätzen, dass CFA dem Libanon gerade in einer so schwierigen Situation einen Besuch abstattet.

H. betont, die innerlibanesischen Differenzen seien zwar bedeutend, das Hauptproblem sei und bleibe aber die israelische Besetzung des Südlibanon. Der Libanon halte an der "légalité internationale" fest. Es gebe seit 1978 eine ganze Reihe von Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates zum Libanon. Die Durchführung dieser Entschliessungen würde laut H. eine sofortige Lösung des Problems zur Folge haben. Israel setze sich jedoch über die UNO-Resolutionen hinweg. Infolge des "nationalen Widerstandes" sei der jüdische Staat jetzt gezwungen, sich aus dem Süden zurückzuziehen. Zwei Phasen seien bereits abgeschlossen, Israel versuche aber auch jetzt noch, die innerlibanesischen Konflikte zu schüren, um die Einheit des Libanon zu zerstören und das Land in konfessionell einheitliche Regionen zu spalten.

Laut H. bestünde nach einem bedingungslosen Abzug von "Tsahal" kein grosses Problem mehr. Die Libanesen seien ein Volk und setzten sich nicht wie Zypern oder die Schweiz aus "verschiedenen Nationalitäten" zusammen. Die Libanesen hätten den gleichen Ursprung und gehörten einer einzigen Rasse an; nur die Konfession sei nicht einheitlich. Die Koexistenz zwischen den Gemeinschaften sei möglich, wenn nur erst die Befreiung des Territoriums vollzogen sei.

CFA erwähnt den "Nationalpakt" von 1943, der im Prinzip in Lausanne revidiert worden sei. Er erkundigt sich, wie weit die Ausführung der Reformen gediehen sei.

H. bezeichnet den Nationalpakt von 1943 als ungerecht, da er keinerlei Evolution hin zu einem "Etat des institutions et

du droit" mitgemacht habe. Die Formel von 1943 sei ursprünglich nur als Provisorium gedacht gewesen, um den Uebergang vom Mandat zur Unabhängigkeit zu ermöglichen. Die Durchführung der Lausanner Reformen sei jedoch schwierig, solange keine Stabilität herrsche und Israel den Konflikt ständig anheize. Syrien habe alles unternommen, um stabile Verhältnisse herzustellen, dies sei aber wohl erst möglich, wenn die israelische Okkupation beseitigt sei.

Immerhin sei die gegenwärtige Regierung ein Produkt der Lausanner Konferenz. Bisher seien aber nur die grossen Linien allfälliger Reformen bekannt. Viele Einzelheiten bedürften noch der Klärung. Man habe sich z.B. auf eine gleiche Anzahl muslimischer und christlicher Abgeordneten in der Nationalversammlung geeinigt. Ausserdem werde die Schaffung eines Senats erwogen. Es bestehe jedoch keine Einigkeit über die Zusammensetzung dieser zweiten Kammer. H. ist der Ansicht, es wäre unsinnig, das konfessionelle Prinzip in beiden Kammern anzuwenden. Es gehe vielmehr darum, den Konfessionalismus abzubauen.

Zu einer allfälligen "Kantonalisierung" des Libanon stellt H. kategorisch fest, der Krieg gegen jede Gemeinschaft, die die Zerstückelung des Landes anstrebe, sei legitim.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/gu

Bern, 28. Mai 1985

Kurzgespräche des Departementsvorstehers mit den Ministern Nabih Berri und Walid Joumblatt, Beirut, den 13. Mai 1985

1) Nabih Berri

Berri betont, er versuche immer noch, die Abmachungen von Lausanne in die Tat umzusetzen. Priorität habe aber eindeutig der Rückzug der israelischen Besatzer aus dem Süden. Israel habe erklärt, es wolle bis zum 6. Juni sämtliche Einheiten abziehen. Laut Berri handelt es sich jedoch um einen unvollständigen Abzug, da Israel dem "Verräter Lahad" die Kontrolle überlassen wolle. "Wir brauchen keinen Lahad." Trotzdem werde ab 6. Juni das Libanonproblem im wesentlichen auf die innerlibanesischen Dimension reduziert. Gegenwärtig sei eine massive Flüchtlingsbewegung im Gange. Etwa 30'000 Muslime drängten in Richtung Landesmitte, während ungefähr ebensoviele Christen sich auf die israelische Grenze zubewegten. Jedermann betone die Einheit, Integrität und Souveränität und doch gebe es bereits einen Teil des Libanon, in dem keine Christen und einen anderen, in dem keine Muslime mehr wohnten. Nur der Süden sei nach wie vor konfessionell gemischt. Dies sei eine letzte Chance, gelte es doch, das "Modell" des Südens auf das ganze Land auszudehnen. Eine "Kantonalisierung" lehnt Berri kategorisch ab. Die Schiiten z.B. verfügten über kein zusammenhängendes Siedlungsgebiet. Sie stellten die Mehrheit in der Bekaa und im Süden, es gebe aber grosse schiitische Minderheiten in West- und Südbeirut und in Byblos. Berri zufolge ist das Libanonproblem nicht so sehr konfessioneller als vielmehr politischer Natur.

Der Nationalpakt von 1943 sei nicht akzeptabel, da auf seiner Grundlage der Libanon nicht wie eine Nation, sondern wie eine "Firma" verwaltet worden sei: Die Ungerechtigkeit dieses Systems habe im übrigen schon 1958 zur Explosion geführt, lange bevor die Palästinenser sich im Libanon eingenistet hätten.

2) Walid Joumblatt

Joumblatt betont, er habe absolut nichts gegen die Christen. Er bedauere deren Flucht aus der Umgebung von Saida und ermuntere sie zur Rückkehr in ihre Dörfer. Hingegen sei ein Dialog mit den "Forces libanaises" absolut ausgeschlossen. Niemand könne von ihm erwarten, dass er mit dem neuen Chef der FL, Elie Hobeika, dem Mörder von Sabra und Chatila, spreche.

Syrien bescheinigt Joumblatt lautere Absichten im Libanon. Damaskus wolle den Libanon nicht annectieren, es sei aber ebenfalls klar, dass Syrien keinen Libanon dulde, der eine antisyrische Politik betreibe. Joumblatt sieht die Lösung in einer Art "Finnlandisierung des Libanon".

(S. Speck)

VERTRAULICH CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/gu

Bern, 26. Mai 1985

Kurzgespräch des Departementsvorstehers mit Finanzminister Camille Chamoun, Beirut, den 14. Mai 1985

Chamoun beschuldigt Syrien, "das Spiel Irans und Libyens" zu spielen, die nichts anderes im Sinn hätten, als im Libanon die Christen zu bekämpfen. Die westliche Meinung sollte sich mehr engagieren. Europa mache sich schuldig, wenn es nichts unternehme. Das Libanonproblem sei eine internationale Frage. Es bedürfe einer konzertierten Aktion des Westens, um der Zerstörung des Landes Einhalt zu gebieten und die "Massakrierung sämtlicher libanesischer Christen" zu verhindern.

Chamoun befürwortet eine Erweiterung der Kompetenzen der FINUL, die die Befugnis haben sollte, in Kämpfe zwischen den libanesischen Milizen direkt einzugreifen.

Von CFA auf eine allfällige "Kantonalisierung" angesprochen versichert Chamoun, er sei "im Prinzip dagegen", obwohl diese Lösung durchaus Vorteile böte, da sie die Friktionen zwischen den Gemeinschaften reduzieren würde.

Dani Chamoun, der Sohn Camilles, bemerkt abschliessend, sowohl Israel als auch Syrien sollten den Libanon räumen. Die Syrer behaupteten, für die Unabhängigkeit des Libanons einzutreten. "Warum dulden sie dann aber in der von ihnen beherrschten Bekaa muslimische Milizen, statt das Gebiet der libanesischen Armee zu überlassen?"

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2.SPE/kl
p.B.58.2.Jordanie

Bern, den 19. September 1985

Gespräch des Departementsvorstehers mit dem jordanischen Ministerpräsidenten, Zaid al-Rifa'i, Amman, den 14. September 1985

CFA legt einleitend die Hintergründe seiner Nahostreise und die Prinzipien der schweizerischen Aussenpolitik im allgemeinen dar. Er spricht al-Rifa'i (R.) auf das Abkommen von Amman vom 11. Februar 1985 an.

R. bezeichnet die Geschichte des Nahostkonflikts als eine Abfolge von "verpassten Gelegenheiten". Die jordanisch-palästinensische Initiative könne leicht die letzte Gelegenheit überhaupt zur Lösung des Problems sein.

Die arabischen Länder hätten bekanntlich in Fes 1982 einen Friedensplan verabschiedet, der sehr positive Elemente enthalte. Zum erstenmal habe sich die gesamte arabische Welt zu einer friedlichen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts bekannt. Die Charta von Fes ist aber laut R. nicht anderes als eine Auflistung von Prinzipien, ohne Wege aufzuzeigen, wie diese Grundsätze implementiert werden könnten. Jordanien und die Palästinenser als unmittelbar betroffene Parteien auf arabischer Seite hätten alles Interesse daran, diese Prinzipien in einen Aktionsplan umzuwandeln. Das Abkommen von Amman sei denn auch nichts anderes als ein solcher Aktionsplan zur Implementierung der Charta von Fes.

Laut R. hatte Jordanien bei der Ausarbeitung seiner Initiative zwei Hauptschwierigkeiten zu überwinden. Zum einen weigerten sich die

- 2 -

USA (und Israel), mit der PLO in Kontakt zu treten, zum andern komme für die USA ein unabhängiger palästinensischer Staat nicht in Frage. Diese amerikanischen und israelischen Einwände habe man dadurch zu entkräften gesucht, dass man die Formel einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation und einer Konföderation* zwischen Jordanien und "Palästina" gefunden habe.

Unglücklicherweise stünden aber einige arabische Staatsmänner und sogar mehrere hohe Persönlichkeiten innerhalb der PLO dem Abkommen von Amman sehr skeptisch gegenüber. Dabei gehe es aber keinem wirklich um den Inhalt des Dokumentes, sondern es seien persönliche Unverträglichkeiten im Spiel. Wenn etwa die Beziehungen zwischen Hafez al-Asad und Jasir Arafat besser wären, würde für Syrien das Abkommen vom 11. Februar 1985 keinerlei Probleme beinhalten. R. versichert CFA, er habe von keinem der arabischen Opponenten konkrete Kritik an der Substanz des Dokuments gehört. Es handle sich um ein typisches Beispiel intra- und interarabischer Politik mit ihrer ganzen Unwägbarkeit.

Das wahre Hindernis auf dem Weg zu einer Friedenslösung sind jedoch laut R. Israel und die USA. Es existiere mit dem Abkommen von Amman ein "workable plan". Der Wille, diesen Plan in die Tat umzusetzen sei aber auf der israelischen Seite nicht vorhanden. R. zufolge ist die israelische Regierung zutiefst über der Frage "Krieg oder Frieden" gespalten. Einigkeit bestehe nur darüber, dass weder der Likud noch der Maarakh die Palästinenser wolle. Der Likud vertrete die Ansicht "raus mit ihnen". Für Shamir und Sharon seien die Palästinenser in Zisjordanien "Ausländer", deren man sich möglichst schnell auf friedlichem oder auf kriegerischem

* Die Konföderation entspricht bekanntlich den amerikanischen Vorstellungen (Reagan-Plan). SPE

Wege entledigen sollte. Israel sollte nach Ansicht des Likud ein reiner Judenstaat sein, den man zur Not auch durch eine Invasion Jordaniens herstellen könne.*

Auf eine Kurzformel gebracht wolle der Likud "keine Palästinenser, aber das Land". Der Maarakh befürworte eine andere Lösung: "get rid of the Palestinians, get rid of the land", wobei aber bei weitem nicht alle Territorien unter arabische Souveränität zurückkehren sollten, sondern nur die Gebiete mit hoher arabischer Bevölkerungsdichte. Jerusalem, das ganze Jordantal und ein Gebiet **, das Israel schon 1967 annektiert habe, würden bei Israel verbleiben. Beide "Zukunftsvisionen" sind für Jordanien laut R. völlig inakzeptabel. Leider würden die israelischen Pläne jedoch von den USA indirekt unterstützt. Es sei eine Tatsache, dass der Nahostkonflikt für die Vereinigten Staaten nicht so sehr ein aussen- als vielmehr ein innenpolitisches Problem darstelle. Reagan müsse sich davor hüten, die proisraelische Lobby vor den Kopf zu stoßen, da sie dem Präsidenten sonst in anderen wichtigen Bereichen (Star Wars, Zentralamerika etc.) Schwierigkeiten machen könnte.

Im Mai hat König Husayn laut R. in Washington einen detaillierten Aktionsplan für das weitere Vorgehen vorgelegt. Die USA hätten diesen Plan akzeptiert, wollten dies jetzt aber nicht mehr wahr haben und stellten unter israelischem Druck neue, für Jordanien nicht annehmbare Bedingungen. Dieser Plan sehe ein Vorgehen in drei Phasen vor:

* Anspielung auf die bekannte These gewisser Likud-Verantwortlicher, wonach Transjordanien die "wahre Heimat der Palästinenser sei", in der sich sämtliche Palästinenser niederlassen und ruhig die Macht ergreifen könnten. (SPE)

** Wahrscheinlich Anspielung auf das sogenannte Etzion-Gebiet. (SPE)

- 4 -

1. Phase: Eine jordanisch-palästinensische Abordnung (nicht PLO-Mitglieder, aber von Arafat ausgewählt) trifft sich mit einer amerikanischen Delegation, um das Terrain für die öffentliche Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 durch die PLO im Austausch gegen die Anerkennung der PLO durch die USA vorzubereiten.

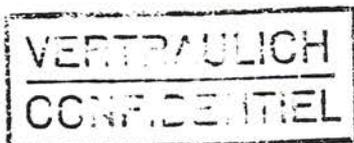
2. Phase: Jordanien, die PLO und die USA sprechen über die Natur der vorgesehenen internationalen Konferenz und über die Natur und den Zeitpunkt der Teilnahme der PLO an dieser Konferenz.

3. Phase: Internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen.

CFA spricht R. auf die bevorstehenden Begegnungen König Husayns mit Präsident Reagan in den USA und mit Frau Thatcher in Amman an. R. bestätigt, König Husayn werde sich in Washington mit Präsident Reagan treffen. Dabei gehe es auch um bilaterale Fragen (Waffenkäufe). Von der Begegnung mit Frau Thatcher erhoffe man sich eine Unterstützung der jordanischen Friedensinitiative. Die Briten, die schliesslich das Nahostproblem geschaffen hätten, könnten ihren Einfluss in den USA geltend machen, damit diese aufhörten, ständig die israelische Haltung unbesehen in amerikanische Politik zu übersetzen.

CFA betont, seiner Ansicht nach könnten nur direkte Kontakte zwischen den Konfliktparteien eine Lösung bringen. R. unterstreicht, Jordanien akzeptiere diese direkten Gespräche im Rahmen einer internationalen Konferenz. Wenn diese je zustandekomme, wäre Genf der ideale Austragungsort.

(S. Speck)



POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. SPE/kl
 p.B.58.2.Jordanie

Bern, den 18. September 1985

Offizielle Gespräche des Departementsvorstehers mit dem jordanischen Aussenminister Taher al-Masri, Amman, den 14. September 1985

Al-Masri (M.) würdigt eingangs die Rolle, die die Schweiz im Nahen Osten spielen könne. Man erwarte von unserem Land nicht in erster Linie "Ideen und Initiativen". Die Schweiz könne aber, wie dies in der Vergangenheit schon mehrmals geschehen sei, ihr Territorium für Kontakte zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung stellen und so einen wertvollen Beitrag leisten.

M. legt anschliessend die jordanische Analyse der jüngsten Entwicklung im Nahen Osten dar. König Husayn habe im Gefolge der Reagan-Initiative und des arabischen Friedensplanes von Fes (beide 1982) die Gelegenheit als günstig erachtet, um in Kontakten mit der PLO eine gemeinsame Position im Hinblick auf eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts zu erarbeiten. Leider sei diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden gewesen.

Gleichzeitig habe Jordanien die Annäherung an Agypten durch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kairo weitergeführt. Beide Initiativen zeigen laut M. deutlich, dass Jordanien ernstlich an einer friedlichen Regelung interessiert sei. Die im Frühjahr 1984 unterbrochenen Verhandlungen mit der PLO hätten Ende 1984 wieder aufgenommen werden können. Arafat habe sich damals entschieden, den Bruch mit Syrien, das eine Parallelorganisation zur PLO habe aufbauen wollen, zu wagen. Es habe den Palästin-

- 2 -

sischen Nationalrat (PNR) nach Amman einberufen und allein schon damit ein Signal der Mässigung gesetzt. Der Session sei ein voller Erfolg beschieden gewesen. Laut M. hat das Treffen des palästinensischen Exilparlaments die "Unabhängigkeit der Palästinenser" bekräftigt und die "Legalität der gegenwärtigen Führung" bestätigt. Jordanien habe die günstige Situation nach der 16. Session des PNR genutzt, um mit Arafat erneut in Verhandlungen zu treten. Die gemeinsamen Bemühungen hätten zum Abkommen vom 11. Februar 1985 geführt.

Diesem Dokument kommt M. zufolge ausserordentliche Bedeutung zu. Arafat habe mehreren Formeln zugestimmt, die bewusst Einwände der USA und Israels zu entkräften trachteten. Arafat spreche von einer friedlichen Lösung des Konflikts und habe die Formel "peace for land" akzeptiert. Weiter sei nicht die Rede von einem unabhängigen palästinensischen Staat, sondern von einer Konföderation mit Jordanien. Schliesslich beinhalte das Abkommen implizit eine Anerkennung der Sicherheitsratsresolution 242.

König Husayn habe Ende Mai in Washington Kontakte mit den amerikanischen Verantwortlichen gepflegt, um den Friedensprozess voranzutreiben. Da die USA nicht mit der PLO sprechen wolle, bevor gewisse Bedingungen erfüllt seien, habe man ein schrittweises Vorgehen angeregt. In einer ersten Phase sollte so eine jordanisch-palästinensische Delegation ohne Mitglieder der PLO mit den Amerikanern zusammentreffen. Erst nach der öffentlichen Anerkennung der Resolution 242 durch die PLO würde diese mit den Jordaniern zusammen Gespräche mit den USA aufnehmen. Die Vorbereitungen für die erste Phase seien schon sehr weit gediehen gewesen. Laut M. bekam Murphy auf seiner jüngsten Nahosttour jedoch kein grünes Licht aus Washington, um in Amman mit der jordanisch-palästinensischen Delegation zu konferieren. Jordanien hat M. zufolge sämtliche von den USA ursprünglich gestellten Bedingungen erfüllt. Die Ameri-

- 3 -

kaner hätten die Fähigkeit König Husayns in Zweifel gezogen, Arafat zu weiteren Konzessionen zu bewegen. Dieser habe aber Husayn gegenüber die Zusage gemacht, die PLO sei zur Anerkennung von Resolution 242 bereit. Husayn habe sich in Washington in aller Öffentlichkeit dafür verbürgt, dass die PLO diese Zusage einhalte.

Die USA und Israel wollen laut M. Jordanien dazu drängen, ohne jede palästinensische Beteiligung in Verhandlungen allein bezüglich des Jordanwestufers einzutreten. Jordanien weigere sich aber strikte, auf dieses Ansinnen einzugehen. Ohnen einen Einbezug der 4 Mio. Palästinenser, von denen immerhin 1,8 Mio. in Israel und den besetzten Gebieten lebten, könne es keine Lösung geben.

Jordanien ist M. zufolge keineswegs gegen direkte Verhandlungen. Diese müssten aber unter den Auspizien der Vereinten Nationen stattfinden. Wenn die Verhandlungen zustandekämen, würden sich Israeli und Araber von Angesicht zu Angesicht in den einzelnen Unterkommissionen gegenüber sitzen, die sich mit sämtlichen strittigen Punkten und nicht bloss mit der Frage Zisjordaniens zu beschäftigen hätten. M. zufolge hat Jordanien sämtliche befreundeten Regierungen, die in den USA über Einfluss verfügen, gebeten, der amerikanischen Regierung diese jordanische Haltung verständlich zu machen.

Nach Ansicht der jordanischen Verantwortlichen verstärkt sich die gefährliche Polarisierung im Nahen Osten laufend. Diese Polarisierung gebe es nicht nur zwischen den arabischen Staaten und Israel mit den entsprechenden Supermächten im Hintergrund, sondern auch innerhalb der israelischen und arabischen Gesellschaft. In Israel gewinne die extreme Rechte ständig an Boden. Selbst die Regierung sei in sich zutiefst gespalten. Auf der arabischen Seite drohe

- 4 -

infolge der Enttäuschung über mangelnde Fortschritte auf dem Weg einer Friedenslösung eine Welle des Radikalismus und insbesondere des Fundamentalismus. Die Integristen sagten: "Ihr habt es mit den Supermächten versucht, mit der Demokratie und mit Militärregimen. Auch das republikanische System und die Monarchie haben versagt." In dieser Situation könne nur eine Rückbesinnung auf die islamischen Werte eine Wende bringen. Laut M. führten die Integristen das Beispiel der Kreuzfahrer an, die dank der vereinten Bemühungen der Muslime hätten vertrieben werden können. In der israelischen Gesellschaft sieht M. ebenfalls "fundamentalistische" Kräfte am Werk. Er erwähnt die "extremistischen Positionen" Rabbi Kahanes, Geula Cohens (Tehija-Partei) und Sharons. M. befürchtet im Falle von Neuwahlen in Israel einen bedeutenden Rechtsrutsch.

Seinen Tour d'horizon abschliessend betont M., Jordanien akzeptiere die Resolution 242 und den Reagan-Plan.

CFA setzt der jordanischen Delegation die Gründe für seine Maghreb- und Nahostreise auseinander und lässt die bisherigen Etappen Revue passieren. Er erinnert an die schweizerische Disponibilität und die guten Dienste, die unser Land anbieten könne. CFA erwähnt insbesondere die beiden Libanon-Konferenzen. Das schweizerische Territorium stehe auch weiterhin für direkte Kontakte zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung. Nichts könne diese direkten Gespräche ersetzen. Die Schweiz sei bereit, solche diskreten Kontakte ohne Publizität zu ermöglichen. CFA schlägt M. vor, nach Abschluss seiner Nahostreise wieder mit seinem jordanischen Amtskollegen zusammenzutreffen, um die Ergebnisse gemeinsam zu analysieren.

CFA berichtet M. über sein Gespräch mit Kaddumi und konfrontiert ihn mit den Aussagen des Chefs des politischen Departements der PLO zum Abkommen von Amman, die in wesentlichen Punkten im Widerspruch zur Haltung Arafats und Jordaniens zu stehen scheinen:

- 5 -

1. Frage: Welche Bedeutung misst die jordanische Seite den Spaltungstendenzen innerhalb der palästinensischen Bewegung bei, die sich im Boykott der letzten Session des PNR in Amman manifestierten, und die sich nach der Unterzeichnung des Abkommens von Amman noch verstärkten? Beim Wort "Spaltung" denkt CFA nicht nur an die "Front der nationalen Errettung", die Arafat den Rücken gekehrt hat, sondern auch an die Kritik an Arafat innerhalb der sogenannten Arafat-treuen PLO.
2. Frage: F. Kaddumi hat CFA gegenüber kategorisch betont, es komme nicht in Frage, dass die PLO die Resolution 242 und 338 anerkenne. Direkte Verhandlungen ausserhalb einer internationalen Konferenz mit Israel und den USA kämen ausserdem nicht in Frage. Kommentar der jordanischen Seite?
3. Frage: Schwierigkeiten scheinen gewissen Kreisen in der Arafat treuen PLO auch die Punkte 2 und 5 des Abkommens von Amman zu bereiten. So betont Kaddumi, eine Konföderation mit Jordanien komme erst nach der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Frage. Auch bezüglich der gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation bei Friedensverhandlungen hat Kaddumi Vorbehalte, da er Jordanien verdächtigt, den Alleinvertretungsanspruch der PLO für die Palästinenser aushöhlen zu wollen.
4. Frage: Wie beurteilt Jordanien die von palästinensischer Seite für die jordanisch-palästinensische Delegation vorgeschlagenen Kandidaten?

Antworten M.

- Ad 1. Das Abkommen von Amman wurde laut M. nicht über Nacht aus dem Boden gestampft. Es sei ein ausgereiftes Dokument, über

- 6 -

das mit Arafat während dreier Monate intensiv verhandelt worden sei. Arafat habe das Abkommen anschliessend dem Exekutivkomitee der PLO vorgelegt, das sich einstimmig dafür ausgesprochen habe. M. betont, dem Komitee gehörten auch Kaddumi und Abu Iyad an. Im nachhinein seien allerdings insbesondere Abu Iyad und Abu Mazin Bedenken gekommen, und sie hätten Aenderungen verlangt, um gewisse Punkte klarzustellen. Nach Verhandlungen in Amman seien geringfügige Aenderungen am Text vorgenommen worden, und die beiden hätten Jordanien befriedigt verlassen. Wiederum habe sich das Exekutivkomitee der PLO und sämtliche anderen zuständigen Gremien einstimmig für den neuen Text ausgesprochen. Arafat habe ausserdem die Zustimmung des Zentralkomitees der "Fath" eingeholt.

Nichtsdestoweniger ist sich Jordanien bewusst, dass gewisse hochgestellte Persönlichkeiten in der PLO (insbesondere Kaddumi) Drittpersonen gegenüber eine andere Haltung einnehmen, die den Beschlüssen der verschiedenen Gremien widerspricht. Kaddumi habe auch anlässlich des ausserordentlichen Gipfels der Arabischen Liga in Casablanca hinter den Kulissen versucht, gegen das Abkommen Stimmung zu machen.

Arafat gelang es jedoch, den gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Resolutionsentwurf zum Abkommen von Amman durchzusetzen. Laut M. versuchte Kaddumi auch in Luanda, Stimmung gegen das Abkommen zu machen. M. habe Arafat auf die Machenschaften seines "Aussenministers" aufmerksam gemacht. Arafat habe Kaddumi als "Feigling" bezeichnet, der sich vor Syrien fürchte. Innerhalb der "Fath" gebe es eine gewisse Gruppe, die auf die Karte der Sowjetunion setze, da die Glaubwürdigkeit der USA einen absoluten Tiefstand erreicht habe. Dazu gehöre neben Kaddumi auch Abu Iyad. Insgesamt

- 7 -

vier Mitglieder im Zentralkomitee der "Fath" seien aus verschiedenen Gründen Arafat gegenüber kritisch eingestellt: Abu Mahir, Kaddumi, Abu Mazir, Abu Iyad. Man dürfe diese Opposition aber nicht überbewerten, da es diese vier Fath-Prominenten nicht auf einen Bruch mit Arafat ankommen liessen. Jordanien sei überzeugt, dass Arafat besonders in den besetzten Gebieten nach wie vor der unumstrittene Führer des palästinensischen Widerstandes sei. Allerdings sei diese Position Arafats in Gefahr, wenn die jordanisch-palästinensische Initiative keinerlei Fortschritte brächte.

Ad 2. Nach jordanischer Auffassung ist die gesamte PLO bereit, die Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen. Die PLO fordere dafür aber als Gegenleistung das Recht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten. Eine solche Anerkennung wäre durch das Zusammentreffen einer Delegation Jordanien-PLO mit den Amerikanern gegeben. Arafat sei voll mit dem jordanischen Prozedere einverstanden und habe Jordanien dazu gedrängt, das erste Treffen (ohne PLO-Mitglieder) voranzutreiben. Nach Meinung Arafats wären die USA gut beraten, wenn das zweite Treffen noch vor der Begegnung Reagan-Gorbatschow in Genf stattfinden könnte. Der PLO-Führer sei der Ansicht, die Amerikaner hätten so hinsichtlich des Nahostkonflikts gegenüber den Sowjets eine Trumpfkarte in den Händen. Laut M. ist aber der Nahostkonflikt für die USA kein aussen- sondern ein innenpolitisches Thema, was ein rationales Vorgehen ungeheuer erschwere.

Die Resolutionen 242 und 338 sind M. zufolge kein Problem. Selbst Abu Iyad habe wiederholt erklärt, er sei bereit, Israel anzuerkennen, wenn dieses die besetzten Gebiete räume. Die PLO wolle nicht Tel-Aviv und Haifa, sondern die Gebiete, die Israel 1967 besetzt habe. Auch Kaddumi teile diese Ansicht.

- 8 -

Ad 3. Laut M. ist die Formulierung des Passus über die Bildung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation im Abkommen von Amman absichtlich etwas vage gehalten, um Arafat in seinen eigenen Reihen den Rücken zu stärken. Der Text könne durchaus so interpretiert werden, dass der Konföderation die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates vorangehen müsse. Dies sei aber selbstverständlich völlig unrealistisch. Arafat gehe mit Jordanien darin einig, dass die Konföderation im Augenblick des israelischen Rückzugs eintreten müsse.

Wichtig ist aber in den Augen M.'s der Beginn eines Dialogs. Er hoffe, extremistische Meinungen würden dann "on the road" sukzessive aufgegeben. Es gebe keine Alternative zum Dialog. Es sei aber ebenfalls selbstverständlich, dass angesichts der aufgestauten Erbitterung auf beiden Seiten enorme Widerstände zu überwinden seien. Man werfe der PLO die Aussprüche eines Kaddumi vor. Man solle doch einmal die Aussagen Shamirs und Sharons mit denen von Peres vergleichen. Was im Falle der PLO zähle, sei, dass die Institution als solche ja zum Friedensprozess gesagt habe.

Ad 4. Im April hat Jordanien laut M. den USA eine Liste mit drei von Arafat abgesegneten Kandidaten übergeben. Die Namen seien von Jordanien geheimgehalten worden, da die USA darauf bestanden hätten. Es habe sich um den amerikanischen Professor palästinensischer Abstammung Edward Said und den neuen Präsidenten des PNR Scheich Abd al-Hamid as-Sayih und eine (von M. nicht genannte) dritte Persönlichkeit gehandelt. Beide genannten Palästinenser seien nicht Mitglieder der PLO als solche. Scheich as-Sayih, ein muslimischer Geistlicher habe in der Vergangenheit mehreren jordanischen Kabinetten angehört. Die USA hätten aus unerfindlichen Gründen diese

- 9 -

erzgemässigten Personen abgelehnt, eine andere Liste verlangt und dabei den Palästinensern und Jordanien "schreckliche Kriterien" auferlegt. Arafat sei nichtsdestoweniger einverstanden gewesen und habe vom Exekutivkomitee 20 Kandidaten genehmigen lassen. Jordanien habe weitere 13 Namen von der Liste gestrichen, um die Dinge für die Vereinigten Staaten noch weiter zu erleichtern. Unter den verbliebenen sieben Persönlichkeiten vertrete niemand das Jordanwestufer, aber sie hätten den amerikanischen Kriterien entsprochen. Wie man wisse, habe Peres schon einen Tag nach der Bekanntgabe der Liste an die USA öffentlich fünf Namen als für Israel inakzeptabel bezeichnet und die Vereinigten Staaten so vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Die Lage ist laut M. ziemlich verfahren. Die USA wollten Jordanien auf einen direkten Dialog mit Israel festlegen. Dies sei "unfair", da mit den USA etwas anderes vereinbart worden sei.

M. wiederholt zum Schluss mit allem Nachdruck, für Jordanien kämen direkte Gespräche mit Israel nur zusammen mit den Palästinensern und ausschliesslich unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Frage.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. SPE/kl
p.B.58.2.Jordanie

Bern, den 20. September 1985

Kurzgespräch des Departementsvorstehers mit dem jordanischen Minister für die besetzten Gebiete, Taher Hamdi Kana'an, Amman, den 14. September 1985

Kana'an (K.) zeichnet ein düsteres Bild der Situation in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten. Die Israelis brächten sich unter verschiedenen Vorwänden in den Besitz von immer mehr Land. Heute "gehörten" dem israelischen Staat schon 55 % der Fläche Zisjordanien. Dabei seien die Enteignungen aus Sicherheitsgründen noch "relativ harmlos". Es werde jedoch massiv expropriert, um Siedlungen zu erstellen, die wildfremden Menschen (etwa amerikanischen Juden) zur Verfügung gestellt würden.

K. beklagt ausserdem die israelische Einmischung in die lokalen Institutionen. Gewählte palästinensische Stadträte seien durch israelische Militärverwalter ersetzt worden. Höhere Bildungsanstalten wie etwa die Bir Zeit-Universität würden unter nichtigen Vorwänden geschlossen. So genügt es laut K., wenn in den palästinensischen Hochschulen Bilder mit unpolitischen nationalen Symbolen aufgehängt werden oder palästinensische Folklore vorgeführt wird, um die israelischen Behörden zum Einschreiten zu bewegen.

CFA betont, dass der Schweiz als Depositarstaat für die Genfer Konventionen dieses Vertragswerk ganz besonders am Herzen liege. Er beglückwünscht Jordanien dazu, dass es die beiden Zusatzprotokolle bereits ratifiziert habe. Er versichert K., dass er auf allen seinen Reisesationen im Maghreb und im Nahen Osten

- 2 -

die Bedeutung der Einhaltung der Konventionen hervorgehoben habe. Dies werde er auch während der letzten zwei Etappen so halten.

K. ist der Meinung, ein Land wie die Schweiz könne in der Frage der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in den besetzten Gebieten nicht neutral bleiben. Es gehe dabei um "Recht und Gerechtigkeit".

CFA erkundigt sich bei K. nach den Aussichten für eine Friedenslösung.

K. betont, es gehe jetzt darum, die jordanisch-palästinensische Friedensinitiative (Abkommen von Amman) zu "konsolidieren". Mit der Annahme des Prinzips "Friede gegen Territorien" habe die PLO einen grossen Schritt vorwärts getan. Der Beginn des Friedensprozesses sei aber zu langsam, als dass er K. optimistisch stimmen könne.

CFA spricht K. auf die Uneinigkeit in den Reihen der PLO an.

Laut K. sind diese Unstimmigkeiten das Ergebnis der ununterbrochenen Reihe von Misserfolgen der verschiedenen Friedensbemühungen. "Nothing succeeds like success!" Die Divergenzen betreffen im übrigen nicht das Ziel, sondern die Frage, wie man am günstigsten vorgehe, um das Ziel zu erreichen. Das Problem sei die völlige Unglaubwürdigkeit der USA, die sämtliche Zusagen gebrochen hätten. Es herrsche in der arabischen Welt ein tiefes Misstrauen gegenüber den Vereinigten Staaten. Nur Ergebnisse könnten die Skeptiker eines Besseren belehren.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. SPE/kl
p.B.58.2.Jordanie

Bern, den 23. September 1985

Gespräch des Departementsvorstehers mit dem jordanischen Kronprinzen al-Hasan ibn Talal, Amman, den 14. September 1985

Kronprinz Hasan (H.) berichtet einleitend von seiner soeben abgeschlossenen Reise in den Sudan. Er würdigt die ausgezeichnete Arbeit des IKRK und des UNHCR angesichts der Hunger- und Flüchtlingskatastrophe in diesem Land.

Zur Kandidatur Hocké bemerkt H. in diesem Zusammenhang, ihm persönlich wäre dieser lieber als andere Kandidaten.

Zur jüngsten Entwicklung im Nahen Osten (Abkommen von Amman) sind die Aussagen H.'s identisch mit denen des Aussenministers (s. separate Notiz).

Grosse Sorge bereitet H. der "Bilateralismus" zwischen den Supermächten und ihren einzelnen Klienten im Nahen und Mittleren Osten. Dadurch sieht H. das Konzept der Region in Gefahr, dem er grosse Bedeutung beimisst. Allerdings sei die regionale Zusammenarbeit im arabischen Raum infolge fehlenden politischen Mutes sehr erschwert. H. führt als Beispiel das saudische Zögern an, die libysche Vertreibung Tausender von tunesischen Gastarbeitern eindeutig zu verurteilen.

Der Bilateralismus zwischen den Grossmächten führe dazu, dass das Nahostproblem hinter anderen Fragen auf der Prioritätenliste weit

- 2 -

zurückhinke. Beim Treffen Gorbatschow-Reagan nehme der Nahe Osten hinter "Star Wars" und anderen Fragen den sechsten oder siebten Platz ein.

H. zeigt sich im übrigen beunruhigt über die potentiellen Folgen, falls SDI "implementiert" werden sollte. Der jordanische Thronfolger befürchtet die Entstehung von reinen "Garnisonsstaaten" (garrison states) gerade im Nahen Osten, was ganz im Sinne des "israelischen Militärestablishments" sei.

H. wirbt schliesslich für den "interkonfessionellen Dialog" (inter-faith dialogue) zwischen Vertretern der jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinschaften zur "Ueberwindung der Fundamentalismen". H. hat persönlich an einem solchen Treffen auf Schloss Windsor teilgenommen. Er gibt sich überzeugt, dass dieser Dialog zur Vertrauensbildung in verschiedenen Einzelbereichen (z.B. Jerusalem) beitragen könne. Dieser Dialog komme allerdings einer Gratwanderung gleich. Wenn gewisse moderate Israeli, wie etwa Meron Benvenisti, zu offen sprächen, riskierten sie, als "outcasts" behandelt zu werden. Man habe in Amman mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, dass der für "le Monde" tätige französisch-israelische Doppelbürger Amnon Kapeliunk nach seinen kürzlichen Gesprächen in Amman von den Israeli zu einem Jahr Gefängnis wegen Betretens "feindlichen Territoriums" verurteilt worden sei.

Wenn andererseits H. selber im arabischen Lager zu offen für eine Verständigung eintrete, laufe er Gefahr, als "heimlicher Jude" (closet Jew) bezeichnet zu werden. In dieser Situation seien informelle Begegnungen sehr nützlich.

Abschliessend würdigt H. die Bedeutung, die Jordanien der Zusammenarbeit mit der Schweiz auf wirtschaftlichem Gebiet beimisst und hebt den kürzlich gewährten Mischkredit von 60 Mio. Fr. hervor.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/kl
p.B.58.2.Egypte

Bern, den 15. Oktober 1985

Offizielle Gespräche des Departementsvorstehers mit dem ägyptischen Aussenminister Ahmed Esmat Abdel Meguid, Kairo, den 8. Oktober 1985

CFA erläutert Abdel Meguid (M.) einleitend die Grundzüge schweizerischer Aussenpolitik mit den bekannten vier Pfeilern (Neutralität, Universalität, Disponibilität, Solidarität), vor deren Hintergrund seine Maghreb- und Nahostreisen zu sehen seien.

CFA erinnert an die beiden Libanonkonferenzen von 1984 und 1985 in Genf und Lausanne als Beispiel für die Leistungen, die die Schweiz im Interesse des Friedens im Nahen Osten erbringen könne.

M. ist sich der schweizerischen Disponibilität bewusst und schätzt diese sehr hoch ein. Er erinnert an die "Abkommen von Zürich", die einen Schlusstrich unter die leidige Suez-Affäre gezogen hätten.

Tour d'horizon über die Lage im Nahen Osten.

M. bezeichnet das Abkommen von Amman zwischen Jordanien und der PLO vom 11. Februar dieses Jahres als grundlegend. Die Ägypter hätten im übrigen durch ihre Vermittlungsbemühungen das Abkommen erst ermöglicht. Die Bedeutung des "accord d'Amman", liege darin, dass die PLO zum erstenmal einen eigentlichen Friedensplan vorlege. Der wichtigste Punkt in diesem Dokument sei der Verzicht der PLO auf einen unabhängigen Staat und ihre Bereitschaft, eine Konföderation mit Jordanien zu akzeptieren. Die Ägypter hatten

- 2 -

laut M. schon vor Veröffentlichung des Abkommens Kenntnis von dessen Inhalt und informierten die USA. Shultz habe sich sehr beeindruckt darüber gezeigt, dass die PLO nicht mehr auf einem unabhängigen Staat bestehe. Die USA hätten erkannt, dass Jordanien und die Palästinenser ehrlich um eine Lösung bemüht seien. Präsident Mubarak habe darauf ein Treffen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Abordnung vorgeschlagen. Die PLO habe sieben Namen von Kandidaten für die jordanisch-palästinensische Delegation vorgelegt, von denen zwei von den USA akzeptiert worden seien: Hanna Sinniora und Abu Rahme. Zwei weitere Kandidaten, Chaath und Sbeigh, beides moderate Leute, seien von Aegypten vorgeschlagen worden. Die USA hätten sich intensiv mit diesen zwei Persönlichkeiten auseinandergesetzt, und es habe eine Chance bestanden, dass sie akzeptiert würden.

M. bescheinigt König Husayn ausserordentlichen Mut, politische Reife und gesunden Menschenverstand. In seiner jüngsten Rede vor der Generalversammlung der UNO habe er ausdrücklich "direkte Verhandlungen mit Israel unter angemessenen Auspizien" befürwortet. Am 23. September habe sich Präsident Mubarak mit Reagan getroffen. Er selbst, M., habe Gespräche mit Staatssekretär Shultz geführt. Es sei darum gegangen, den Amerikanern zu erklären, dass König Husayn die UNO als "Schirm" für seine Verhandlungen mit Israel absolut benötige, wenn er eine breitere arabische Unterstützung für sein Vorgehen erreichen wolle. Arafat sei mit der Formel Husayns "direkte Verhandlungen unter angemessenen Auspizien" völlig einverstanden. M. zufolge hat der UNO-Generalsekretär laut Art. 99 der Charta die Möglichkeit, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu einer Konferenz einzuladen. Es gebe dafür einen Präzedenzfall (Kongo). Shultz habe M. gegenüber erklärt, der Rückgriff auf Art. 99 sei möglich. M. hatte den Eindruck, dass sich die USA der Einberufung der Konferenz nicht mehr unbedingt widersetzen. Für die Amerikaner stelle allerdings die Beteiligung der UdSSR nach wie vor ein Problem dar. Die Sowjetunion könnte sich laut M. der Einberufung der Konferenz durch den Generalsekretär mittels eines

- 3 -

Vetos widersetzen. Dadurch schliesse sich Moskau aber aus dem Friedensprozess aus. Ein Veto sei also wenig wahrscheinlich.

M. befürchtet von einer Teilnahme der UdSSR an der Konferenz keine negativen Auswirkungen. Die "neue sowjetische Equipe" könne es sich nicht leisten, sich querzustellen. Alles habe also noch Ende September darauf hingedeutet, dass eine gewisse Dynamik im Hinblick auf die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz auf der gleichen Grundlage wie 1973 in Gang gekommen sei.

Diese Friedensdynamik sei durch den "Schock von Tunis" vom 1. Oktober schlagartig in Frage gestellt worden. Man habe in Aegypten den Eindruck, es handle sich um einen sorgfältig geplanten Versuch Israels, alles Erreichte (Abkommen von Amman, positive Reaktionen Shultz', Rede Husayns vor der UNO-Generalversammlung) zunichtezumachen.

M. erinnert daran, dass Aegypten die "Affäre von Larnaca" verurteilt habe. Arafat selber habe kategorisch dementiert, die "Force 17" sei für das Attentat verantwortlich, wie dies von Shimon Peres behauptet worden sei.

M. ist überzeugt, es habe sich vielmehr um "anti-Arafat-Elemente" gehandelt, die mit syrischer Unterstützung versuchten, den Friedensprozess zu sabotieren. Aber selbst wenn man "die Logik Peres'" akzeptierte, so sei das totale Missverhältnis zwischen der Tat von Larnarca und dem Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis evident.

Trotzdem widerstehe Aegypten der Versuchung, in Verzweiflung zu verfallen und habe sich entschlossen, den Friedensprozess fortzusetzen.

CFA zeigt sich beunruhigt über die "Eskalation der Gewalt" in der Region, die die Gemässigten aller Lager in die Defensive dränge.

- 4 -

Er frage sich, ob sich Arafat unter diesen Umständen noch länger halten könne und nicht einem viel extremeren, pro-syrischen Führer Platz machen müsse. Auch in Israel seien moderate Politiker wie Weizmann immer mehr auf verlorenem Posten.

M. bestätigt, die Position Arafats sei durch den israelischen Luftangriff stark angeschlagen. In dieser Lage sei die Versuchung gross, den Friedensprozess einzustellen. Aegypten sei bemüht, Arafat davon zu überzeugen, dass er den einmal eingeschlagenen Weg beibehalten solle. Präsident Mubarak habe seinen aussenpolitischen Berater al-Baz mit einer Botschaft nach Tunis entsandt, um in diesem Sinne auf den PLO-Chef einzuwirken.

M. warnt davor, allfällige "déclarations intempestives" Arafats zum Nennwert zu nehmen. Diese seien für den "Hausgebrauch" bestimmt und könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der PLO-Chef ein moderater Politiker sei, dem es den Rücken zu stärken gelte.

Was Israel anbetreffe, so wisse Aegypten die Haltung eines Weizmann sehr zu schätzen. Allerdings habe gegenwärtig der Likud Aufwind. Die Aktion von Tunis habe nicht zuletzt einen innenpolitischen Hintergrund. Durch energisches Handeln versuche Peres, verlorenen Boden wiedergutzumachen. In der Position Shamirs, mit dem M. in New York zusammengetroffen ist, vermag dieser keinerlei positive Entwicklung festzustellen.

CFA hat den Eindruck, die israelische Regierung sei weitgehend handlungsunfähig, weil sich der Likud und der Arbeiterblock gegenseitig neutralisierten. Er erkundigt sich nach der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der amerikanischen Haltung durch Aegypten.

M. bezeichnet die amerikanisch-ägyptischen Kontakte vor dem 1. Oktober als sehr ermutigend. Die Erklärung Präsident Reagans zu Tunis sei allerdings unverständlich, ebenso die amerikanische

- 5 -

Enthaltung im Sicherheitsrat. Es gilt aber laut M., den Amerikanern geduldig die Lage zu erklären. Mubarak habe dies in einer persönlichen Botschaft an Reagan versucht. Die zionistische Lobby in den USA, deren Wahlspruch laute: "Israel hat immer zu 100 % recht", sei zwar nach wie vor äusserst stark, es sei aber doch vor dem 1. Oktober eine positive Entwicklung in der Haltung der Administration Reagan festzustellen gewesen.

Die USA sollten laut M. endlich einsehen, dass auf arabischer Seite einiges in Bewegung gekommen sei. Sogar der "Fes-Plan" enthalte eine implizite Anerkennung Israels. Wenn die Amerikaner nichts unternehmen, riskieren sie laut M., dass die Sowjetunion in die Lücke springt.

Eine kritiklose Uebernahme der israelischen Thesen führe die Vereinigten Staaten in die Katastrophe. Ein beredtes Beispiel sei die israelische Libanon-Invasion im Juni 1982. Aegypten habe den damaligen Staatssekretär Haig schon im März 1982 vor den Absichten Sharons gewarnt. Durch die israelische Operation sei das schiitische Element im Libanon "an die Oberfläche gekommen". Aegypten selber habe keine Angst vor der Schi'a, da es keine schiitische Bevölkerungsgruppe aufweise. Hingegen bedrohe die schiitische Variante des Fundamentalismus die arabischen Golfstaaten. Gegen die elementare Gewalt dieser Bewegung helfe keine "rapid deployment force".

CFA weist darauf hin, dass die Probleme des Libanon doch zu einem grossen Teil "hausgemacht" seien (Widerspruch zwischen dem Nationalpakt von 1943 und den heutigen demographischen Realitäten).

CFA erkundigt sich nach dem Stand der Beziehungen Aegyptens zu den übrigen arabischen Ländern.

M. betont, dass Aegypten keinerlei Bedingungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten akzeptiere. Diese, nicht Aegypten hätten die Beziehungen abge-

- 6 -

brochen, und es sei an den Arabern, sie wiederaufzunehmen. Jordanien habe dies als erster arabischer Staat getan. Trotz des Fehlens diplomatischer Beziehungen unterhält Aegypten laut M. mit einer ganzen Reihe von arabischen Ländern gute Beziehungen. Der Irak vermöge nur noch dank der ägyptischen Unterstützung Widerstand zu leisten. Die Beziehungen zu Marokko seien gut, und diejenigen zu Algerien verbesserten sich laufend. Algerien befürchte die Folgen des marokkanischen "Flirts" mit Libyen. Aegypten habe Marokko gegenüber im übrigen sein "Erstaunen" über seine Union mit Libyen ausgedrückt. Gaddafi sei der Prototyp eines Terroristen. Aegypten hat laut M. handfeste Beweise für die Terroraktivitäten Libyens (Bakkush-Affäre).

Was den Sudan anbelange, so habe sich Aegypten nach dem Staatsstreich grosse Zurückhaltung auferlegt. Nimeiri befinde sich immer noch in Kairo. Aegypten habe das Auslieferungsbegehren der Sudanesen abgelehnt. M. betont jedoch, die Beziehungen seien nach wie vor eng. Man erwarte den Besuch des sudanesischen Premierministers. Für Aegypten sei der Sudan wegen des Nils von enormer Bedeutung. Ausserdem lebten 2,5 Mio. Sudanesen in Aegypten. Kairo geniesse das Vertrauen der "Sudistes", die Aegypten gebeten hätten, bei den "gens du Nord" zu intervenieren. John Garang, der Führer der Aufständischen habe Vorschläge gemacht, die Kairo der sudanesischen Regierung übermitteln werde.

Die Beziehungen zu Saudiarabien sind laut M. korrekt. Er wirft den Saudis jedoch ihre völlig passive Haltung vor. Für Saudiarabien sei gegenwärtig der Golfkrieg die erste Sorge. Zu Oman unterhalte Aegypten ausgezeichnete Beziehungen.

Die Führung Syriens bezeichnet M. als "minoritäres Regime". Von Hafiz al-Asad erhoffe man sich keine positiven Schritte. Eine gewisse Aenderung zum Besseren erwartet sich M. jedoch von dessen Bruder Rif'at al-Asad, der sich auf die Nachfolge Hafiz' vorbereite.

(S. Speck)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/kl

Bern, den 16. Oktober 1985

p.B.58.2. Israel

Offizielle Gespräche des Departementvorstehers mit dem israelischen
Aussenminister Yitzhak Shamir, Jerusalem, den 13.10.1985

Shamir (S.) betont, er wisse die Rolle der Schweiz auf dem internationalen Parkett sehr zu schätzen. Er bittet CFA um einen Bericht über seine Reisen im Maghreb und im Nahen Osten.

CFA erläutert die Grundsätze schweizerischer Aussenpolitik und erstattet S. einen kurzen Reisebericht. Er zitiert insbesondere Präsident Mubarak, der ihm gesagt habe: "le processus de paix doit envers et contre tout être maintenu".

Zu den tragischen Ereignissen der letzten Tage betont CFA, die Schweiz habe Gewaltanwendung durch wen auch immer, wo auch immer und gleichgültig zu welchem Zweck von jeher verurteilt. CFA zeigt sich besorgt darüber, dass die Gemässigten aller Lager immer mehr an den Rand gedrängt würden.

S. äussert "Bewunderung" für die Prinzipien schweizerischer Aussenpolitik. Israel könne diese Grundsätze jedoch infolge seiner ganz besonderen Situation nicht übernehmen.

S. betont die negative Rolle des Terrorismus in den Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn. Der Terrorismus beeinträchtigt die Friedensaussichten. Israel sehe sich seit einigen Monaten einer eigentlichen Terrorwelle gegenüber, die Dutzende von Toten gefordert habe. Allerdings ist der Terrorismus laut S. nicht im-

- 2 -

stande, die Existenz Israels zu gefährden. Israel sei zu stark, als dass ihm der organisierte Terror gefährlich werden könnte. Trotzdem sei der Terrorismus ein Feind des Friedens. Gewisse Regierungen verlangten von Israel, es solle sich zu einem Kompromiss mit den Terroristen bereitfinden. Der Terror verändere jedoch die Atmosphäre, rufe Emotionen hervor, kurz, es sei schwierig, vernünftig zu denken, wenn das Blut Unschuldiger fliesse.

Wenn die Terroristen von jordanischem Territorium aus operierten, reduziere dies die Aussicht auf Frieden mit Jordanien. Wenn ägyptische Verantwortliche Arafat in Kairo umarmten und den Entführern des Achille Lauro behilflich seien, reduziere dies die Aussichten auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und Aegypten.

Laut S. weiss die PLO, dass sie Israel nicht liquidieren kann, ja, dass es ihr nicht einmal gelingt, die Normalität des israelischen Alltags zu stören.

S. betont, Israel sei sehr an einem "wahren und seriösen Frieden" mit seinen Nachbarn gelegen. Jedermann wisse, dass nach Aegypten König Husayn Kandidat Nummer zwei für Verhandlungen mit Israel sei. Jedermann wisse ausserdem, dass König Husayn bereit sei, in Verhandlungen zu treten. S. fragt sich allerdings, ob diese Verhandlungsbereitschaft Husayns nach dem Abkommen von Amman nicht hinfällig sei. Husayn habe mit einem Partner ein Abkommen geschlossen, dessen ganze Energie auf den Terror ausgerichtet sei.

S. beklagt die extremen Reaktionen Aegyptens auf den Raid von Tunis. Kairo habe auch in der Affäre des entführten Passagierbootes eine zweifelhafte Rolle gespielt. Die ägyptische Presse sei voll von extrem anti-israelischen Artikeln. In dieser Situation könne man sich wirklich fragen, ob es Aegypten mit dem Frieden ernst sei. Trotz der verschiedenen Vorfälle gebe es Regierungen, die die Israeli zu überzeugen versuchten, man könne mit Mubarak

- 3 -

und König Husayn einen Dialog pflegen. Israel verliere aber allmählich das Zutrauen zu diesen Persönlichkeiten.

Laut S. gilt es vorerst, den Terrorismus zum Verschwinden zu bringen. Nach Abschluss des Friedensvertrags habe Israel Aegypten vor Kontakten mit den Terroristen der PLO gewarnt. Sadat habe diese gehasst. Nicht so "die anderen". Die ägyptischen Verantwortlichen behaupteten, ihre Gespräche mit der PLO führten zu deren Mässigung. Die PLO-Terroristen verfügten über Büros in Kairo und Amman. Dies verstosse gegen den Geist des Friedensvertrages.

CFA erkundigt sich nach den Ergebnissen der Visite Shamirs in den USA.

S. betont, Israel liege sehr viel an der Freundschaft mit den USA, die entschlossen seien, den Terrorismus zu bekämpfen. Er habe dies bei seinem Besuch sehr deutlich gespürt. Diese Haltung habe sich nach den Ereignissen in Aegypten noch verstärkt.

CFA erkundigt sich nach der israelischen Haltung in der Frage einer internationalen Konferenz.

S. zufolge heisst die israelische Formel für eine Lösung: "Direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen". Eine gegenseitige Verständigung sei ohne Dialog nicht möglich. Es bestünden selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten zwischen Israel und Jordanien und anderen arabischen Staaten. Kompromisse seien aber denkbar, wenn man miteinander spreche. Eine internationale Konferenz sei nur nützlich, wenn vor ihrer Einberufung schon alles bis in alle Einzelheiten geregelt sei. Andernfalls werde sie zu einem extremen antiisraelischen Propagandaforum.

Auf die Frage CFAs nach einer etwaigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion gibt S. zu bedenken, dass für Israel das Schicksal der sowjetischen Juden von enormer

- 4 -

Bedeutung sei. Israel suche den Dialog mit der Sowjetunion. Eine Verbesserung der Beziehungen wäre auch im Interesse der UdSSR, da diese an allfälligen Friedensgesprächen nur teilnehmen könne, wenn sie diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalte. Allerdings bestehe keine Verbindung zwischen der jüdischen Emigration und der Existenz diplomatischer Beziehungen. Die grosse Emigrationswelle habe in den 70-er Jahren stattgefunden, als keine diplomatischen Beziehungen bestanden hätten. Die Sowjetunion knüpfe die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an Bedingungen: "Wenn Ihr Beziehungen wollt, ändert Eure Politik".

Laut S. wird die Politik Israels vom Landesinteresse diktiert. Der jüdische Staat sei nicht bereit, für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion einen Preis zu bezahlen.

Andererseits hat Israel laut S. in letzter Zeit einen Normalisierungsprozess mit einigen Ostblockstaaten wie Polen, Ungarn und Bulgarien eingeleitet. Diese Länder seien an einer Verbesserung der Beziehungen zu Israel interessiert, weil sie sich davon eine Oeffnung hin zu den USA erhofften.

S. erinnert sich, dass Präsident Sadat ihm gesagt habe, die Aegypter und die Israelis seien sehr alte Völker, die grosse Geduld haben müssten. Der Slogan Sadats habe gelautet "no more war!". Wenn kein Krieg ausbreche und mit viel Geduld könne man etwas erreichen. S. erinnert an die Camp David-Abkommen, in denen Israel bedeutende Konzessionen gemacht habe: Aegypten habe den Sinai zurückerhalten. Das Vertragswerk enthält laut S. ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zu einer Lösung des Palästinenserproblems. Es sei eine "sehr weitgehende Autonomie" vereinbart worden. Nach einer Uebergangsfrist von fünf Jahren wäre es sodann zu Verhandlungen über die weitere Zukunft der Territorien gekommen. Leider habe Aegypten nach dem Tod Sadats die Autonomiegespräche abgebrochen, wodurch die Araber "viel verloren" hätten.

- 5 -

S. hat in New York seinem ägyptischen Amtskollegen Abdel Meguid eine Wiederaufnahme dieser Gespräche vorgeschlagen. Dieser habe ihm geantwortet, das Autonomiekonzept sei nicht mehr gültig. Es gebe jetzt das Abkommen Husayn-Arafat, das als Grundlage für eine Lösung des Konflikts zu gelten habe. S. habe Abdel Meguid erwidert, für Israel sei das Abkommen im Gegenteil ein Hindernis für den Frieden. Israel sei aber bereit, alles zu tun, um den Frieden mit Aegypten zu wahren.

S. fordert König Husayn auf, den israelischen Vorschlag betreffend direkte Verhandlungen anzunehmen. Die jordanische Forderung nach einer internationalen Konferenz sei in Wirklichkeit ein Anliegen Arafats, der der Sowjetunion einen Gefallen tun wolle. Nicht nur Israel, sondern auch die USA seien gegen die internationale Konferenz, weil sie die Sowjetunion nicht in den Friedensprozess einbeziehen wollten.

S. beteuert, er sei nicht pessimistisch. Israel habe mit dem Friedensvertrag mit Aegypten "den Beginn eines Friedensprozesses" erreicht. Dieselbe Entwicklung werde eines Tages auch in den Beziehungen mit Jordanien eintreten. Israel sei stark genug um zu warten. Wenn die Araber mit den Israeli sprechen wollten, so seien diese bereit, in Verhandlungen zu treten, ohne deren Ergebnis von vornherein zu kennen. Ohne direkte Kontakte gebe es jedoch keine Lösung.

(S. Speck)

VERTRAULICH CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/kl

Bern, den 15. Oktober 1985

p.B.58.2. Israel

Gespräch des Departementsvorstehers mit dem israelischen Premierminister Shimon Peres, Jerusalem, den 11. Oktober 1985

CFA legt eingangs in groben Zügen die Prinzipien schweizerischer Aussenpolitik dar und erläutert Sinn und Zweck seiner Nahostreise. Er betont, die Schweiz sei bereit, im Rahmen ihrer Disponibilität einen bescheidenen Beitrag an den Frieden im Nahen Osten zu leisten. Als Beispiel nennt er die beiden Libanonkonferenzen.

Peres (P.) ist sich bewusst, dass die Schweiz einen positiven Beitrag leisten könne, wenn es darum gehe, einen Dialog zwischen Israel und einzelnen arabischen Ländern zu führen. Als König Husayn seine Avancen Richtung Israel begonnen habe, habe er, P., direkte Kontakte zwischen Jordanien und Israel in Genf vorgeschlagen, das sich infolge seiner internationalen Atmosphäre ausgezeichnet zu solchen Gesprächen eigne.

Laut P. enthalte der Husayn-Plan* zwei problematische Punkte, die ihn für Israel inakzeptabel machten:

- 1) Die Frage einer Begegnung zwischen einer amerikanischen und einer jordanisch-palästinensischen Delegation. Die von den Jordaniern vorgelegte Kandidatenliste enthalte "einige Herren", die offiziell Mitglied der PLO seien. Israel verhandle nicht mit der PLO. Auch die USA hätten sich gegen diese Kandidaten ausgesprochen.

* Gemeint ist das Abkommen von Amman vom 11. Februar 1985.

- 2 -

2) Die Idee einer internationalen Konferenz unter der Aegide der Vereinten Nationen. Israel und die USA stellten sich gegen eine Beteiligung der Sowjetunion, die als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates automatisch Zutritt zu dieser Konferenz hätte.

Laut P. sieht sich Israel einem "double track problem" gegenüber:

- 1) Wie kann der Terrorismus bekämpft werden.
- 2) Wie kann das "Friedensmomentum" erhalten werden.

P. gibt zu, dass sich diese zwei Zielsetzungen zum Teil widersprechen. Laut P. ist sich Israel bewusst, dass ein Palästinerproblem besteht, das gelöst werden sollte. Diese Lösung könne nur durch diplomatische Mittel (Verhandlungen) gefunden werden. Es gebe keine militärische Lösung für ein menschliches Problem.

Das Problem des Terrorismus bezeichnet P. als "sehr komplex". Viele Verantwortliche im Westen realisierten nicht, dass Leute, die schnell töteten, auch schnell lügen. Es handle sich um ein Informationsproblem. Mangelnde oder falsche Informationen beeinflussten laut P. die Perzeption des Problems durch viele Länder.

Israel habe Beweise dafür, dass Arafat persönlich die "Larnaca-Affäre" geplant und überwacht habe. Als ausführendes Instrument habe die "Force 17" gedient, die Arafat direkt unterstellt sei. Arafat habe sich dazu entschlossen, diese Aktion zu lancieren und gleichzeitig eine Beteiligung der PLO zu leugnen. Man könne sich fragen, warum das Verbrechen ausgerechnet am yom kippur und zudem in dem Augenblick begangen worden sei, da Mubarak und Husayn in Washington versucht hätten, Washington davon zu überzeugen, die PLO sei jetzt eine "gemässigte Organisation". Es habe sich darum gehandelt, Leute zu töten, weil sie Israeli seien und gleichzeitig um den Versuch, den Friedensprozess zu zerstören.

- 3 -

Die Entführung der Achille Lauro habe erneut gezeigt, wes Geistes Kind die PLO sei. P. zeigt sich glücklich darüber, dass die Amerikaner das Flugzeug der vier Mörder abgefangen hätten. Ein hoher Funktionär der PLO, Abu Abbas, habe sich ebenfalls an Bord des Flugzeugs befunden. Die ganze Angelegenheit habe eine eindeutig rassistische Dimension. Da werde ein 69-jähriger Invalide in einem Rollstuhl nur deshalb kaltblütig ermordet, weil er einen jüdisch klingenden Namen trage. Der Gipfel des Zynismus sei es, wenn Kaddumi in New York erkläre, es gebe keine Beweise dafür, dass Klinghoffer ermordet worden sei, da man die Leiche nicht gefunden habe.

Die PLO stelle eine "Welt von Lügen und Blut" dar.

Man kenne diesen Rassismus von der Entführung der TWA-Maschine im Sommer dieses Jahres, als Passagiere mit jüdischen Namen von den übrigen Fluggästen getrennt worden seien. Dasselbe sei seinerzeit bei der Entführung der Air France-Maschine nach Entebbe geschehen.

Die Behauptung der PLO, sie bekämpfe Israel, nicht die Juden, sei Unsinn.

Laut P. hat Tunesien das Völkerrecht verletzt, da es der PLO erlaubt habe, in Tunis ein Zentrum des Terrors mit extraterritorialen Rechten zu errichten. Jedes Land sei gehalten, Gewaltakte gegen ein anderes Land von seinem Territorium aus zu verhindern. Tunis sei das Hauptquartier der "Force 17", des operationellen Arms der PLO. Israel habe in Selbstverteidigung gehandelt. Im übrigen habe sich die israelische Regierung nicht nur um die internationale, sondern ebenso sehr um die eigene öffentliche Meinung zu kümmern. Israel kann laut P. auf keinen Fall akzeptieren, dass es eine Sünde sei, Jude zu sein.

- 4 -

P. gibt einen kurzen historischen Abriss. 1948 habe die UNO die Teilung Palästinas beschlossen. Die Palästinenser hätten ihren eigenen Staat haben können, hätten den Teilungsplan aber verworfen. Israel habe sich völlig auf sich selbst gestellt gegen die angreifenden arabischen Armeen verteidigen müssen. Im Jahre 1967 habe Eshkol König Husayn in zwei geheimen Noten zugesichert, Israel werde Jordanien nicht angreifen, wenn dieses sich still verhalte. König Husayn hätte also Frieden in den Grenzen von 1967 haben können. Im Jahre 1970 sei es der PLO beinahe gelungen, Husayn vom Thron zu stossen. Glücklicherweise habe sich der haschemitische Herrscher gewehrt. Es sei zum "Schwarzen September" gekommen, und die PLO habe Jordanien verlassen müssen. Anschliessend habe die PLO den Libanon zerstört, und jetzt sei Tunesien an der Reihe. Die PLO habe also nichts als Leid über die Palästinenser selbst und über mehrere arabische Länder gebracht.

P. kann nicht verstehen, wie europäische Politiker von Israel erwarten könnten, es glaube an die "Mässigung" der PLO. Kreisky sei ein typisches Beispiel. Er habe sich ungefragt als Vermittler aufgespielt. Er behaupte, die PLO habe sich geändert und dem Terror abgeschworen.

Laut P. hat die PLO Kreisky verändert, nicht umgekehrt. Die USA hätten dieselbe Ansicht wie Israel und hätten nun endlich Schritte unternommen, dem "Bluff" ein Ende zu bereiten und "die PLO daran zu hindern uns ungestraft zu töten".

P. zufolge ist die PLO das grösste Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Trotzdem werde Israel darum bemüht sein, dass das "Momentum" erhalten bleibe. Israel habe für den Frieden mit Aegypten einen hohen Preis entrichtet. Aegypten habe alles Land zurückerhalten. Israel habe seine Luftstützpunkte und fünfzehn Siedlungen geräumt. Die Araber hätten den Slogan "peace for land" geprägt. Israel habe das ganze Land zurückgegeben, dafür aber nicht den vollen Frieden erhalten.

- 5 -

P. glaubt an die Aufrichtigkeit der Absichten König Husayns. Er fordert diesen auf, "direkt und aufrichtig" mit Israel zu verhandeln, entweder allein oder zusammen mit Palästinensern. Es gebe genug friedliche Palästinenser, die die Anliegen des palästinensischen Volkes verträten. Man benötige in dieser Delegation keine Mitglieder terroristischer Organisationen. Mit der terroristischen PLO könne es niemals einen Kompromiss geben.

(S. Speck)

VERTRAULICH CONFIDENTIEL

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. - SPE/kl

Bern, den 30. Oktober 1985

p.B.58.2. Israel

Voyage de Monsieur le Conseiller
 fédéral Pierre Aubert en Egypte
 et en Israel, du 7 au 15 octobre 1985

Kurzgespräch des Departementsvorstehers mit dem Vorsitzenden der
 Knesset, Shlomo Hillel, Jersualem, den 14. Oktober 1985

CFA erkundigt sich nach der Wahrscheinlichkeit von vorgezogenen
 Wahlen, bevor die "Rotation" (= Uebernahme des Premierministeramtes
 durch den Likud) eintritt. Hillel (H.) bezeichnet diese Möglichkeit
 als wenig wahrscheinlich, da sich eine Mehrheit der Knesset für
 solche Neuwahlen aussprechen müsse. Es sei sogar eine Regierungs-
 krise denkbar, ohne dass die Knesset ihre Zustimmung zu Neuwahlen
 geben würde. Das einzige Gebiet, das zu einer ernsten Krise führen
 könnte, sei der aussenpolitische Bereich.

Wenn Jordanien zu direkten Gesprächen mit Israel bereit wäre,
 würde dies infolge der unterschiedlichen Ansichten des Likud und
 des Maarakh zu einem Eklat führen. Der Likud sei bekanntlich zu
 keinerlei Zugeständnissen bereit. Es gebe einen ausgezeichneten
 Indikator für Fortschritte im politischen Bereich. Solange keine
 Regierungskrise ausbreche, sei dies ein Zeichen dafür, dass sich
 an der Friedensfront nichts tue.

(S. Speck)